

Üblicher Volksbote.

Organ für die Interessen der werthältigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.)

Welt der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.)

Der „Übliche Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen) zu dem Datum
der folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 60, und die Post zu beziehen.
R. 10 vierstündiglich Mr. 1,60. Monatlich 6,60 Pf. Postzeitungsziffer Nr. 40052, C. Nachtrag.

Die Angelehnung beträgt für die vierseitige Zeitung oder deren Raum 15 Pf., für
Versammlungs-, Arbeits-, und Wohnungsauslagen nur 10 Pf., auswärtige Auslagen 20 Pf.
Insätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 87.

Freitag, den 14. April 1899

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Mondsüchtigen.

So oft der Mond seine Scheibe wechselt, so oft erinnern in den gegnerischen Reihen die Unkenrufe von einer „Spaltung“ der Sozialdemokratie, von einer „Gährung“ in derselben, die den herauschenden Wein ihrer hohen Ideale in den teilten Eßig dumpfer Vergweiflung und Ratlosigkeit wandle. Wir finden dann Sätze, wie folgende:

„Die Ausritte aus der Partei mehren sich; von Tag zu Tag wiederholen sich die Fälle, daß sich unter schweren Anklagen gegen den Terrorismus und den Egoismus der Parteibureaucratie blößtönkendische Genossen von der Partei ablehnen. Die Reichstagssitzungen der Führer haben sichtlich an Weitang verloren; die alten Schlagworte leben nicht mehr.“

Gleich ist die Sozialdemokratie am Ende ihres Vaters angekommen, der Krach und Untergang stehen in nächster Aussicht.

Von welcher Seite immer der Sehnsuchtsruf zuerst erschallt, immer pflanzt er sich durch das ganze weite Gebiet des gegnerischen Lagers fort. Wie dick auch die Scheidewände zwischen den Anschauungen sein mögen, für diesen Ruf der Erlösung sind ihre stärksten Mauern durchlässig wie Seidenpapier. Die frumbe „Kreuz-Ztg.“ wechselt dann freudetrunkne brüderliche Händedrücke mit der „Tante Post“ und der größte Schleissstein, die „Post“, weiß sich eins mit all' den sogenannten Mittelstands- und unparteiischen Blättern.

Da sie alle zusammen uns gegenüber ohnmächtig sind, so machen sie sich zwecks Schadloshaltung allmonatlich einmal das Vergnügen, uns tot zu reden und zu schreiben.

Der Mondwechsel des April sieht von rechts nach links unsere bürgerlich-feudale Welt in ganz besonderer Hoffnung. Haben sie sonst die Beweise für die „Gährung“ von ihrem lieben Freunde und Medium, dem Mond, herunterholen müssen, so leben sie jetzt der sicherer Hoffnung, daß die deutsche Sozialdemokratie ihnen die Fermente selber geliefert habe, die ihr durch Umsegung das Lebenlicht ausblasen sollen.

Der Fall Bernstein ist der erste feste Halten, an dem unsere mondsüchtigen Gegner ihr Seil knüpfen, um in Tiefschalen Baubernächten ihre gefährlichen Tänze zu üben. Bernstein hat, wie unsern Lesern bekannt ist, seine Ansichten über die „Voraussetzungen des Sozialismus“ im Verfolg der Erörterungen auf dem Stuttgarter Parteitag über „Endziel“ und „Bewegung“, „Radikalismus“ und „Opportunismus“ in einem Buche niedergelegt, dessen Folgerungen von der Parteipresse — soweit sie schon Stellung genommen hat — mit einer einzigen Ausnahme aufs entschiedenste verworfen werden. Der „Volksbote“ wird ebenfalls zu dem Bernsteinschen Buche sich selbstständig noch äußern. Unbeschadet dessen können wir ruhig zugeben, daß die Bernsteinschen Ansichten, die manche unserer Programms- und wirtschaftlichen Erkenntnissfälle über Bord werfen wollen, unsere Theoretiker in Bewegung setzen und die Diskussion über den „Marxismus“ und die materialistische Geschichtsauffassung aufs Neue kräftig ansachsen. Ist das aber ein Zeichen der „Gährung“ im Sinne unserer mondsüchtigen; pflegt sich durch die ernste Aussprache über wirtschaftliche und politische Erkenntnisgründe der Fall einer Partei anzukündigen? Mit nichts! Es ist gerade eine Stärke der Sozialdemokratie, es ist gerade ein bereutes Zeichen für ihre Geschlossenheit und ihr rücksichtloses Vorwärtsstreben, daß sie in ihren eigenen Reihen nicht allein die Kritik duldet, sondern sie fordert und mit allen Mitteln fordert. Die mondsüchtigen der bürgerlich-feudalen Abstammung können sich in einem solchen Zustand nicht hineindenken; sie, die auf den ersten Anruf von ihrer unsicherer Höhe herabstürzen, verblassen das helle Sonnenlicht der kritischen wissenschaftlichen Forschung, das keine Verschwommenheit und Unklarheit zuläßt. Und da sie naturgemäß uns mit ihrem Maßstab messen, da sie nicht einsehen können oder wollen, daß zwischen der bürgerlich-feudalen und der proletarischen Anschauung eine Welt sich weitet, so kommen sie zu dem überdies noch von der Hoffnung eingegrenzten Trugschlüß, daß alles, was mondsüchtige zum Stirzen bringt, auch uns Sozialdemokraten das Leben

raubt, die wir im Tageslicht sicher auf sicherem Boden marschieren.

Nicht anders ist es mit dem zweiten „Holen“ bestellt, den die mondsüchtigen mit festen Hammerschlägen in ihre häßliche Wand treiben: mit dem Fall der Dresdener Berattheilten, die der Parteivorstand von unserer Ehrentafel ausgeschlossen hat. Was der Fall Bernstein an Geschlossenheit noch läufig ließ, würde der Fall Löbau sicherlich zerreißen, trümmten mondscheinrunken Bürgerliche und Feudale. Wie ganz anders ist in Wirklichkeit die Fluth verlaufen! Nur selten findet sich jemand, der den Beschluss des Parteivorstandes billigt; die Masse der Parteigenossen wie der Parteiblätter ist geschlossen der Ansicht, daß der Parteivorstand hier einen schweren Fehler begangen hat. Ist diese Geschlossenheit etwa ein Zeichen der Spaltung? Ist sie nicht vielmehr ein sprechender Beweis für die Gemeinsamkeit der Anschauungen in Nord und Süd, Ost und West, auch in der Frage der Taktik? Und ist der Fall etwa geeignet, eine besondere Erregung in unseren Reihen auszulösen zu lassen? Eine demokratische Partei — das können sich unsere Gegner wieder nicht vorstellen — ordnet ruhig und läßt derartige Vorwürfe und sorgt dafür, daß sie sich nicht wiederholen. Die Fehler sollen dazu da sein, daß sie gemacht werden. Das gilt gelegentlich — zum Glück selten genug — auch von unserem Parteivorstand. Die höchste Instanz, der Parteitag, wird im Oktober dafür sorgen, daß durch Aufstellung einer Norm dieser oder ein ähnlicher Fehler nicht wieder vorkommt. Wir zweifeln nicht daran, daß dann die Regelung nicht gegen, sondern mit dem Parteivorstand erfolgen wird. Die Geschlossenheit der Partei, die innerlich nicht einen Augenblick in Frage stand, wird auch äußerlich wieder vollkommen sein und zwar, ohne daß es Sieger und Besiegte giebt.

Bis zum Oktober werden wir aber noch sechs Mal die Kunde von unserer Spaltung, Verschüttung und unserem baldigen Untergang vernehmen. So oft der Mond die Scheibe wechselt, kletern unsere mondsüchtigen Gegner auf's Seil und predigen mit geschlossenen Augen aller Welt, daß nur sie festen Boden unter den Füßen haben . . .

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Üblichen Volksboten.“

Berlin, den 12. April 1899.

Der Reichstag verhandelte heute über die erste der Postgesetznovellen, welche in der Hauptfache das Postmonopol für geschlossene Briefe und damit verbunden die Befreiung der Privatposten, eine Reihe Bestimmungen über Postvermehrungen und eine Neuordnung des Postzeitungstariffs enthält. Staatssekretär von Podbielski begründete die Vorlage in einer recht langen Rede, die diesmal in einem sorgsam ausgearbeiteten Concept vor ihm lag. Die Räthe, welche lebhaft die mühselige Arbeit verrichten mußten, eine aus dem Stegreif gehaltene Rehe des Staatssekretärs in wohlgeordnetes Deutsch zu übertragen, hielten gewiß eine Vorarbeit für leichter und flit praktischer als diese Nacharbeit. Die Rede des Herrn von Podbielski war deshalb diesmal sowohl nach chronologischen wie logischen Gesichtspunkten wohl geordnet und wurde vom Hause ohne die fortgesetzten Heiterkeitsausbrüche und Lachhalben angehört, welche die Stegreifreden des Herrn von Podbielski zu begleiten pflegten. Die Vorlage wird morgen an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen werden, aber wohl in ziemlich veränderter Gestalt ins Plenum zurückkommen. Sind auch die Mehrheitsparteien mit dem Grundgedanken der Erweiterung des Postregals einverstanden, so würden in der Debatte doch erhebliche Bedenken gegen die anderen Bestimmungen der Vorlage geltend gemacht. Daß der Postzeitungstarif in der vorgeschlagenen Form, welche nur die Erscheinungsziffer und das Gewicht der Zeitungen in Rechnung zieht, nicht angenommen werden wird, ist schon heute zweifellos.

Ebenso dürfte das Verbot der Zeitungsbestellung durch expresse Boten fallen, da sich außer andern Parteien auch die ausschlaggebende Partei des Reichstags, das Zentrum, ganz kategorisch dagegen erklärt hat. Das Schicksal der Privatpostanstalten ist aber besiegt. Von allen Rednern, die heute zum Wort kamen, nahm sich ihrer nur der freisinnige Abgeordnete Dr. Bachnicke an. Den Standpunkt unserer Partei vertrat Genosse Singer. Er erklärte sich mit der Erweiterung des Postregals einver-

standen. Es sei aber falsch, Compensationen zu verlangen, denn die Verkehrserleichterungen würden ganz sicher auch eine Bergärherung des Verkehrs, und damit eine Erhöhung der Einnahmen zur Folge haben. Lebhafth nahm sich Singer der durch Beseitigung der Privatposten brodlos werdenden Angestellten an. Die Entschädigung, welche die Vorlage diesen Leuten biete, sei nur als ein Almosen zu bezeichnen und müsse ganz erheblich erhöht werden.

Da heute noch nicht alle Parteien zum Worte gekommen sind, wird die Berathung morgen noch fortgesetzt werden.

6. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Um Bundesratsstil: von Podbielski. Vorsitz der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung der Novelle zum Postgesetz, durch welche u. a. die Gewichtsgrenze für gewöhnliche Briefe auf 20 gr erhöht, das Stadtpostaufkommen auf 5 Pf. ermäßigt, dagegen das Postregal auf die Förderung geschlossener Briefe innerhalb der Stadtbezirke gegen Entschädigung an die Privatpostanstalten und ihre Angestellten abgedehnt werden soll. Weiter enthält die Vorlage den neuen Postzeitungstarif.

Staatssekretär von Podbielski: Der heute zunächst zur Berathung stehende Entwurf bildet eine Erweiterung des im vorigen Jahre bekanntlich nicht erledigten. Eine Änderung des Postzeitungstarifs hat der Reichstag selbst wiederholt verlangt, um so mehr bedauere ich es, daß der neue Entwurf von der Presse so heftig angegriffen worden ist. Die Presse soll jetzt nicht mehr nach dem Abonnementspreis bemessen werden, sondern unter Berücksichtigung der Fragen: Wie oft erscheint die Zeitung und wie schwer ist das Blatt? Dazu soll eine für alle Blätter gleichmäßige Einschreibebegräbnis treten. In der Presse wird nun behauptet, der neue Tarif beginne einige große politische — auch sozialdemokratische Zeitungen und schwäbische Blätter. Ich werde Ihnen aber in der Kommission nachweisen, daß von 5700 deutschen Zeitungen 1585 durch den Tarif weniger belastet werden; 415 bleiben unverändert und 3713 werden mehr belastet; 2231 von diesen werden jedoch um höchstens 40 Pf. pro Jahr, d. h. 10 Pf. für das Quartal verhöhnt. Man hat es so dargestellt, als ob durch den Tarif lediglich eine Mehreinnahme bezeugt werde. Den Mehreinnahmen steht aber ein Ausfall von rund 5 Millionen durch die in der Vorlage enthaltenen Postermäßigungen gegenüber. Die Post ist ferner nicht im Stande, den Allgemeininteressen zu dienen, wenn ihr gerade an verkehrstreichen Orten beträchtliche Einnahmen durch Privatposten entzogen werden. Es ist gesagt worden, die Vorlage mache sich das Prinzip der Agrarier zu eigen, große Industrieorte im Interesse der kleinen auszubauen. Diese Behauptung ist aber die beste Empfehlung für die Vorlage; denn in der ausgleichenden Wirkung liegt der große Vorteil der Staatsverwaltung im Vergleich zum Privatbetrieb. Auch die Einschränkung der Förderung von Zeitungen durch Expressboten wird zu einer Schädigung weiterer Kreise nicht führen. Es soll vor Atem verhindert werden, daß größere Zeitungen einen eigenen Courierdienst einrichten und dadurch die kleineren Konkurrenzfähig machen. — Ich komme nun schließlich zu der Entschädigungsfrage der Inhaber und Angestellten von Privatposten. Da will ich ausdrücklich betonen, daß nach der Überzeugung der verhinderten Regierungen ein rechtlicher Anspruch auf Entschädigung nicht zu erkannt werden kann, sondern daß es sich durchaus nur um eine Entschädigung aus Willigkeitsgründen handelt. Über die Übernahme eines Theils der Angestellten in die Dienste der Reichspost kann ich noch keine bindende Erklärung abgeben; wir werden jedoch jedenfalls soviel Personal übernehmen, als irgend angängig erscheint. — Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es trotz der verschiedenen Wünsche möglich sein wird, eine Einigung über die Vorlage zu erzielen und damit die Grundlage für eine zukünftige allmähliche Verbesserung des gesuchten Tarifwunsens zu schaffen. (Bravo!)

Dr. Marcony (B.): Wir begrüßen in der Vorlage besonders die Postvermehrungen. Die Frage der Ausdehnung des Regals kann man verschieden beurteilen, je nachdem man fiskalische oder prinzipielle Gesichtspunkte anlegt. Gegen das Verbot der Förderung geschlossener Briefe durch Privatposten haben wir nichts einzubringen, sowie eine angemessene Entschädigung sicher gestellt ist. Was den Postzeitungstarif betrifft, so erscheint das gängliche Auferachten des Abonnementspreises sehr bedenklich. Die Hauptfache für uns bleibt aber die beachtigte Auschließung der Expressbestellung für Zeitungen. Die Expressbestellung spielt z. B. bei den Wahlen eine ganz hervorragende Rolle. Ich bitte sämtliche Parteien des Hauses, uns in der Förderung der Verarbeitung der Expressbestellung zu unterstützen. Ich bitte Sie, die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Staatssekretär v. Podbielski: Bei der Expressbestellung gilt für mich der Grundsatz: Gleches Recht für Alle! Wir wollen die kapitalistischen Blätter, die sich eine Expressbestellung leisten können, nicht bevorzugen. Darüber wird sich ja noch in der Kommission reden lassen.

v. Waldborn und Meissenstein (konf.): Wir erblicken in der Vorlage das Beste, lang anerkannte Missstände zu beseitigen. Gegen die Ausschließung der Expressbestellung haben wir jedoch gleichfalls Bedenken. Eine Reform des Postzeitungstarifs halten wir für notwendig, glauben jedoch, daß der in der Vorlage angegebene Weg nicht der richtige ist. Durch die Inkraftsetzung des Abonnementspreises würde eine Vergrößerung der kleinen Provinzblätter erfolgen, wodurch die kleinen Leute gezwungen wären, zu den großen hauptstädtischen Blättern zu greifen. Im Allgemeinen stehen wir der Vorlage sympathisch gegenüber und hoffen, aus der Kommissionsberatung etwas Erfreuliches aus ihr hervorgehen zu sehen. (Bravo! rechts).

Singer (SD): Die Vorlage geht von dem Grundsatz aus,

dah jede Verbülligung in der Postverwaltung einer bestimmten Kommission bedürfe, um einen Ausfall zu Einnahmen zu verhindern. Es wird dabei immer außer Acht gelassen, daß jede Verbülligung eine Verminderung des Verkehrs zur Folge hat, die wieder erhöhte Einnahme bedingt. Das wird ignoriert, und man hält jeder Reform eine Menge von Bestimmungen an, die die vermeintliche Stütze für Schädigung wieder weit machen sollen, das Hauptelement der Reform selbst aber natürlich sehr erschweren. Gegenüber der jetzigen finanziellen Lage bracht man mit einem eventuellen Ausfall überhaupt nicht so viel zu rechnen. Die Postverwaltung hat ja eine stetige Zunahme ihrer Einnahmen; und was in diesem Stat in dieser Hinsicht gegenüber dem Vorjahr steht, ist genug, um den ganzen eventuellen Ausfall zu bedenken. Der prinzipsiell wichtigste Punkt ist, wie Herr Marcony es bereits hervorgehoben hat, die Erweiterung des Postregals. Wir können sie nicht grundsätzlich ab, machen aber außer Bestimmung von der sozialistischen Gestaltung des Postregals abhängig. Waren die Verhältnisse im deutschen Reich und speziell bei den deutschen Regierungen berücksichtigt, daß man einen vernünftigen Gebrauch vom Monopol erwarten könnte, so wären wir die ersten, die dafür eintreten würden; aber wir haben gerade in diesem Punkte gewisse Bedenken und werden bestrebt ver suchen, Bestimmungen in das Gesetz hinzuzubringen, die diese Gefahren vorzeigen. Ferner ist die Veränderung des Postzeitungstarifs eine sehr wichtige Frage. Das Prinzip, von dem die Vorlage in diesem Punkte ausgeht, stellt zweifellos eine Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse dar. Wir glauben auch, daß die Vorlage in dem Wege, den sie eingeschlagen hat, im Allgemeinen das Richtige getroffen hat. Zweifel er scheint es zweifelhaft, ob man den Abonnementspreis so günstig außer Acht lassen soll. Eigentlichlich hat es mich beeindruckt, daß der Herr Staatssekretär sich gegen den Verdacht der Begünstigung der sozialdemokratischen Presse verteidigt hat. Die Reden, die der Herr Staatssekretär in dieser Sessie hier gehalten hat, verstören die leidende Spur eines solchen Verdachts. Lebzigens nimmt es gar nicht, daß die sozialdemokratische Presse durch den neuen Tarif erhebliche Vorteile haben würde. Diese Frage spielt in mir unzweckmäßige Siedlungnahme auch gar keine Rolle; denn wir bestehen viel zu viel Gerechtigkeitsgefühl und würden dem neuen System auch zustimmen, wenn die Sache für uns thunreiche wäre. Was den Artikel 8 anlangt, so hat der Herr Staatssekretär zwar eine Anwendung desselben zu sozialistischen Zwecken für nicht bestreitbar erklärt; indes hat er alle Bestrebungen, die sich darauf richten, bis jetzt nicht zu entkräften vermocht. Der Hauptverstaatlichkeit richtet sich aber gegen die Verteilung der Expreßbestellung für Zeitungen. Die Sache liegt da nicht so sehr in der Einschränkung auf den zweimilligen Umkreis, als vielmehr in der Bestimmung, daß der Expressbote nicht mehr als 5 Kilogramm Zeitungen mitnehmen darf. Wenn der Herr Staatssekretär sagt, diese Bestimmung soll innerhalb des zweimilligen Umkreises keine Fassung haben, dann ist eine klare Fassung dieses Paragraphen durchaus notwendig. Es liegt eine gewisse Tragödie darin, daß diese Bestimmung ins Gesetz hineingekommen ist aus den Petitionen der bedrohten Privatpostanstalten. Von der Streichung des § 2 machen wir unsere Zustimmung zu der Vorlage abhängig. Die politische Bedeutung dieses Artikels ist außerordentlich groß und wenn der Herr Staatssekretär auch nachdrücklich erklärt hat, daß er seine Verwaltung nicht als politische betrachtet, so hat er sicherlich dabei nicht an die Sozialdemokratie gedacht. Der Herr Staatssekretär versteht es ja meistens, bei der Begründung solcher Vorlagen außerordentlich harmlos zu sein. (Hinterkeit) Hat er aber erst einmal das Gesetz in der Hand, so wird er leicht den Schriftmachern inspirationen unterliegen. (Sehr richtig!) Der Art. 8 will das Postmonopol eventuell ausdehnen auf die Verförderung von zuverlässigen Briefen, Drucksachen u. s. w. Wie sind nun dann für Erweiterung des Regals, wenn die Reichspostverwaltung aufzuhören die selbe Preise zu gewähren, wie sie die Privatpostanstalten haben. Die Reichspostverwaltung hat nicht bloss fiktiven Zwecken zu dienen, sie soll Verkehr und Kultur fördern. (Sehr richtig! bei den Soz.) In der Begründung der Vorlage werden gewisse Erhöhungen in der Verförderung von Drucksachen u. s. w. in Aussicht gestellt, wir verlangen jedoch, daß sie im Gesetz festgelegt werden. — Von entscheidender Bedeutung für uns ist auch die schriftliche Gestaltung des Theiles der Vorlage, der die Entschädigungen betrifft. Den Privatgesellschaften selbst steht die Vorlage mit freien Händen, sogar der entgangene Gewinn soll ihnen entschädigt werden. Um so knapper aber kommen die Angestellten weg. — Werde der Herr Staatssekretär verständige Verkehrsminister treiben, dann würde er die Tarife ermächtigen, daß eben die Privat-Gesellschaften gar nicht bestehen könnten, und das Reich hätte nicht nötig, sechs bis acht Millionen Entschädigung an die Privatpostanstalten zu entrichten. Sollte die Vorlage nicht durchgehen, dann würde ich dem Herrn Staatssekretär empfehlen, es einmal auf diese Weise zu probieren. Verluste würde die Reichspost nicht haben, denn durch die Erweiterung des Verkehrs würde der Ausfall doppelt und dreifach wieder eingebrochen werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) — Was den Angestellten der Privatposten der Regierung geboten wird, ist eigentlich ein Almosen zu nennen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sollen wir uns für die Vorlage entscheiden, so müssen die Sache für die Entschädigung ganz anders angefertigt werden. Prinzipiell muß sein, daß Leute, deren vorherliche Beschaffenheit es nur irgend zuläßt, in den Dienst des Reiches übernommen werden. An sich ist es ja nicht sehr verlockend für uns, daß Heer der politisch so abhängigen Postbeamten um einige tausend zu vermehren. Aber auch die Privatindustriellen benötigen ihre ökonomische Überbrückung zur Unterdrückung ihrer Arbeiter und im Reichsdienst haben die Leute wenigstens Pensionsberechtigung und können nicht von heute auf morgen aus Pflichten geworfen werden. Den Leuten, die in den Staatsdienst übernommen werden, muß ihre Dienstzeit ganz oder doch zum großen Theile angerechnet werden und die Entschädigung im Falle der Nichtverwendung erhöht werden. — Auf all diese Fragen wird im einzelnen in der Kommission näher einzugehen sein. Wird die Vorlage so gestaltet, daß unsere Forderungen erfüllt werden, so werden wir die Gefahren, die in der Ausdehnung des Postregals liegen, nicht scheuen und die Vorlage daran nicht scheitern lassen. Wir werden damit wieder einmal beweisen, daß wir „Reichsfreunde“ sind. (Hinterkeit und lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär von Pöbbels: Auf die vom Abgeordneten Singer bemängelte ratlose Weisung bin ich durch die Kommissionsverhandlungen über das Postmonopol gekommen, lege aber kein großes Gewicht darauf. Die Verkehrsverleichterung wird schließlich eine Verkehrsvermehrung zur Folge haben, und die entstehenden Mehreinnahmen können dann für allgemeine Erhöhungen verwendet werden. Das kann aber nur schrittweise geschehen. (Beifall)

Dr. Hassel (NL): Wir sind für die Erweiterung des Postregals unter der Voraussetzung, daß die Privatposten und ihre Angestellten entschädigt werden. Ich bin derselben Ansicht wie der Abg. Singer: daß es im Interesse der Leute liegt, daß ganze Geld auf einmal zu bekommen, denn viele werden Kapital zu einem neuen Gewerbe brauchen. Dem Zeitungstarif stehen wir sympathisch gegenüber, wünschen aber, daß der Abonnementspreis mit in Rechnung gezogen wird und daß die Bestellung der Expressboten für einen Umkreis von 30 Kilometer erlaubt wird. Ich beantrage die Überweisung der Vorlage an die Budget-Kommission.

Dr. Bachmann (SPD): Wir haben eine besondere Kommission für geeigneter. Mit der Vorlage sind wir nur teilweise einverstanden. Der Hauptpunkt, die Erdrofflung der Privatposten, ist uns sehr unsympathisch. Die Privatposten haben sich den Ansprüchen der Großstädte angepaßt, und eine solche Anpassungsfähigkeit besitzt kein Staatsbetrieb. Wir glauben auch nicht recht, daß alle Erhöhungen, die uns heute in Aussicht gestellt wurden, eingeführt werden. Kommt es aber zur Abschaffung der Privatposten, so ist eine gleichmäßige Entschädigung der Besitzer wie der Angestellten notwendig.

Auch gegen den Postzeitungstarif in der vorgeschlagenen Form sind wir. Man spricht so geringfügig von Ausgabenblättern und von den billigen Lokal-Anzeigen. Die Ausgaben sind aber das eigentliche Wert der Zeitung. Ist denn die Billigkeit an sich ein Fehler? Gerade durch ihre Billigkeit dringt die Zeitung, die geistige Stärkung, in die tiefsten Schichten des Volkes. Eine Mitberücksichtigung des Abonnementpreises ist daher durchaus zu empfehlen. Ein Plausch würde die Reichspostverwaltung auch bei diesem Tarif noch herausschlagen. Die Auswahl der Woche, in der die Ermittlung des Gewichts der Zeitungen vorgenommen werden soll, kann unmöglich der Post überlassen bleiben. Ein viel einfacherer Weg wäre der, daß man am Schluß des Jahres den ganzen Jahrgang, der bei dem Bericht aufgehoben werden müsse, wählt. Das Schätzchen der Vorlage wird abhängig sein von dem Entgegenkommen der Regierung.

Staatssekretär von Pöbbels erklärt, die Frage des Bezeichnungsrechts werde in der Sessie in Aussicht genommen werden; in der Expressfrage sei er zu einem Entgegenkommen bereit.

Graf von Bernstorff (DNV): erklärt sich mit der Vorlage im Allgemeinen einverstanden; einzelne Bedenken gegen den Zeitungstarif müssen noch in der Kommission erörtert werden. Er wünscht, daß die Vorlage bald Gesetz werde, da mehr die Zeit vorrückt, die Entschädigungsfrage immer schwieriger werde.

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.
Schluß 5½ Uhr.

Politische Gundschau.

Deutschland.

Die Sozialdemokratie Berlins hat, wie schon gemeldet, ein neues Siegesblatt in das Buch ihrer ruhmvollen Geschichte gehetzt. Der zweite Wahlkreis ist den Parteien des Kapitalismus entrissen und der Partei der Arbeit wiedergegeben. Richard Fischer ist gewählt. 47 280 Stimmen wurden in die Wahlurne gelegt, Fischer erhielt 24 819 Stimmen, er siegte mit 1340 Stimmen Majorität. Der freisinnige Kandidat Kreitling erhielt 17 443, der Konservative 5266, der antisemitische Graf Pückler 120 Stimmen, der Rest war zerplittet oder ungültig. Die Wahlbeteiligung war schwächer als im Vorjahr, wie gewöhnlich bei Nachwahlen. Am 16. Juni 1898 wurden 54 786 Stimmen abgegeben. Sieben und einhalb Tausend Stimmen wurden bei der jetzigen Wahl weniger abgegeben. Der Freisinnige hatte zwar 1311 Stimmen zuwachs, aber der Zuwachs wurde übermäßig aufgewogen durch den Rückgang der konservativen Stimmen um mehr als die Hälfte. Brachte die geringe Wahlbeteiligung der Sozialdemokratie eine Abnahme von knapp 2000 Stimmen, so betrug der Verlust der gegnerischen Parteien an 5 500 Stimmen. Und Niemand, der objektiv das Wahlergebnis prüft, kann verkennen — meint der „Vorwärts“ —, daß die Sozialdemokratie, die Partei der wenig sesshaften Arbeiterschaft, am schwersten durch den Fortzug Lautender von Wählern aus dem Wahlkreise seit der vorigen Wahl zu leiden hatte. War aber die Wahlbeteiligung eine saure als bei der vorjährigen Hauptwahl, so war doch der Wahlkampf ein heißer und der Erfolg ein überaus bedeutungsreicher.

1893 wurde zu den älteren Burgen der Berliner Sozialdemokratie, dem 4. und 6. Wahlkreise, der 2., 3. und 5. Kreis erobert. Der zurückgeschlagene Liberalismus bot alles auf, um die Reichshauptstadt, die seit Jahrzehnten vertreten zu haben sein lebte Stolz gewesen, zurückzuverlieren, und 1898 gelang es ihm nochmals, einen Sieg zu erneutern. Im 5. Kreise siegte er mit einer handvoll Stimmen, im 2. Kreise siegte er durch Unrecht und Unwahrschaffigkeit. Lärmend schlugen die Freisinnknoppen die Siegespauken: die Sozialdemokratie Berlins sei auf das Haupt geschlagen, der Anfang der Rückeroberung der wichtigen liberalen Metropole sei gemacht, die Sozialdemokratie marschiere nicht mehr vorwärts, die Sozialdemokratie müsse sich rückwärts konzentrieren. Doch der Siegesjubel war verflucht. Der Scheinstieg endete mit der Enttäuschung unrichtiger Stimmenauszählung und Herr Kreitling mußte selbst das zu Unrecht usurpierte Mandat niederlegen. Nun aber sollte die eigentliche Kraftprobe erfolgen. Endgültig sollte entschieden werden, ob der Geist des Sozialismus oder der Ungeist des Liberalismus in der Berliner Wählerschaft mächtig ist. Der Freisinn führte den Wahlkampf mit aller Kraftanstrengung, zu das ihm der Gedanke aufpeitschte: Hier wird über mehr als einen Wahlkreis entschieden, hier wird entschieden, ob der Liberalismus noch bestreift ist, der hauptstädtischen Bevölkerung das politische Bonner voranzutragen. Die Wähler haben entschieden. Der Freisinn ist geschlagen. Die Sozialdemokratie hat einen schönen Sieg erfochten. Sie hat den zweiten Wahlkreis zum ersten Mal ohne Stichwahl auf den ersten Anlauf erobert. Die Berliner Arbeiterschaft hat damit die Scharte des vorigen Jahres zum guten Theil wieder ausgeweckt.

Das freut uns. Hoffentlich wird auch der 5. Kreis bei der nächsten Wahl wiedererobert.

Cecil Rhodes' Eisenbahnbauamt erfüllt durch Nachrichten aus Kapstadt eine ganz neue Bedeutung. Dort ist man dahin orientiert, daß Rhodes in Berlin hauptsächlich auf eine Eisenbahn: Kilwa-Südspitze des Tanganyka-Sees hingearbeitet habe, der er dann die Fortsetzung: Südspitze des Tanganyka-Sees-Bulawayo auf englischem Gebiete schaffen will. Die Bahn durch den Sudan sei auf lange hinaus aufgeschoben, da die auf hunderte von Meilen ausgedehnten Sumpfe zwischen dem Albert-See und Kaschoda ein gewaltiges Hindernis der Rentabilität bildeten. Die Bahn Bulawayo-Tanganyka-Kilwa aber verfolge das Interesse der englisch-südafrikanischen Minengesellschaften, welche in ihren Golddistrikten von Rhodesia, Transvaal und so weiter dem Arbeiter pro Woche 1 Pfund Sterling zahlen müssen, während die Schwarzen

aus Deutsch-Ostafrika für wenige Schillinge pro Tag zu haben sind, sobald ein Transportmittel aus ihnen entlegen, dichtverbürgten Bergthäusern hergestellt ist. Also Import billiger Arbeit ist die eigentliche Zweck des erschwerenden Eisenbahn- und Minengesellschaften; die Durchquerung Afrikas und die kostspielige Überbrückung unschönen Sumpfgeländes überläßt er den — Idealisten der Zukunft. — Halte die Taschen zu, deutsche Steuerzahler!

Über die Abstimmungskonferenz wird aus dem Haag gemeldet: Die zusammengetretene Konferenz wird sich ausschließlich mit den im zweiten russischen Rundschreiben aufgeführten Fragen, sowie mit denselben beschäftigen, die sich auf die im Rundschreiben vom August 1898 entwiderten Ideen beziehen. Unbedingt ausgeschlossen sollen alle Besprechungen solcher Art sein, die auf die politischen Beziehungen der Staaten zu einander oder auf die durch Verträge geschaffene Ordnung der Dinge Bezug haben. Jede vertretene Macht hat nur eine Stimme. Wie die einzelnen Mächte die Einladung zu der Abstimmungskonferenz im Haag annehmen, geht aus folgender Meldung hervor: Danach nahmen nur die Dreibundstaaten sowie einige kleinere Staaten die Einladung zur Friedenskonferenz, ohne Reserve an. Dagegen machten England, Frankreich, Amerika und die Türkei allerlei Vorbehalte. England erklärte, eine etwaige Einschränkung seiner Seeflügelungen nicht zugelassen, Frankreich bestreit unbedingt auf der Beibehaltung der submarine Torpedos. Aus den meisten Antwortnoten geht hervor, daß die Mächte die Einladung nur aus Höflichkeit für den Rat annehmen.

Daran haben wir keinen Augenblick gezweifelt, daß die Mächte es mit der Abstimmungskonferenz selbst nicht ernst nehmen, sondern sich nur daran beteiligen, weil man nicht unhöflich und kriegerisch gestunt erscheinen wollte. Es ist bedauerlich genug, daß sich die Mächte zu einer derartigen Romantik hingeben.

Zu dem Soldatenmisshandlungsprozeß, der gegen den Stuttgarter „Wochenspiegel“ und verschiedene andere Zeitungen schwebt und über den wir in der Mittwoch-Nummer berichtet haben, geben wir noch einige Einzelheiten aus dem Bericht verhältnis. Die Aussagen somitlicher verantwortlichen Soldaten gehen dahin, daß es im Bericht des Unteroffiziers Müller allgemein „Platte und Süße“ gab. Das wird auch durch das militärische Urteil bestätigt, das gegen den Unteroffizier Müller gefällt wurde und wegen Misshandlung Untergebener und Misshandlung der Dienstgewalt auf fünf Monate Gefängnis lautete. Das Urteil stellt wiederholte Misshandlungen Untergebener durch den Unteroffizier Müller fest. Einer erhielt zehn bis fünfzehn Schläge in's Gesicht, ein anderer sechs bis acht, wieder einer fünf bis sechs und so weiter. Jeder im Bericht des Müller kam dran. Nicht interessant gestaltete sich die Befreiung des Auditors Justizrats Dr. Horv.

Zunächst erläutert: sich der Vertheidiger Dr. Ehlinger danach, warum die Untersuchung im Falle Bögele nicht gleich angeordnet worden ist. Zeuge: Die Verleugnung Bögeles war sehr minimall — Berth.: Warum wurde die Sektion nicht gleich vorgenommen? Zeuge: Ich war durch eine andere Sache bis Mittags 4 Uhr abgehalten. Berth.: Warum wurde das Hindernis nicht ausgelegt? Zeuge: Es lag hierzu kein Anlaß vor, da die Anzeige nur auf reinem Selbstmord lautete. Berth.: Warum hat der Herr Justizrat in seinem Bericht, der dem Regiment Verfolgung der Presse erwies, Strafverfolgung nur gegen volksparteiliche und sozialdemokratische Blätter beantragt, trotzdem der „Schwarzwalder Bote“ als Quelle genannt war? Zeuge (etwas gereizt): Die Verfolgung war Sache des Regiments-Kommandeurs! Da müssen Sie sich mit dem Regiments-Kommandeur auseinandersetzen; der stellt die Strafanträge. Ich kann nicht dafür, wenn der nicht den „Postillon von Marbach“ belangt! Berth.: Aber der Herr Zeuge hat beim Regimentskommandeur eben die zu befolgenden „volksparteilichen und sozialdemokratischen“ Zeitschriften in seinem Bericht aufgegeben. Zeuge (gereizt): Ich hatte vorher Stillschweigen mit dem Regiments-Kommandeur genommen! Auf Veranlassung des Vertheidigers wird der betreffende Bericht verlesen. In diesem wird darauf hingewiesen, daß in verschiedenen Blättern sozialdemokratischer und volksparteilicher Richtung Artikel erschienen, die eine gerichtliche Verfolgung hielten. Es sei anzunehmen, daß auch noch andere Blätter dieser Richtung, wie „Ulmer B.Z.“, „Hohenstaufen“ u. s. w., die Artikel aus dem „Wochenspiegel“ und der „Tagwacht“ abdrucken. (Der deutsche nationalliberale „Schwarzwalder Bote“ hat das angefochtene Gericht zuerst ergriffen). Gegen diese Blätter empfiehlt es sich, Strafantrag zu stellen. Und eine Abschermung heißt: „Der sozialdemokratische „Wochenspiegel“ in Berlin wird in archetypisch auch berartige Berichte bringen.“ Auch ist festgestellt, daß der Kritiker beauftragt hatte, die volksparteilichen und sozialdemokratischen Blätter, welche über den Fall Bögele schrieben, zu sammeln. Zeuge (nach Verleugnung seines Berichts): Ich konnte nur die Zeitungen fassen, die im Kasino anlegten und die ich dort zu lesen bekam. Berth.: Liegt das „Stuttgarter Tagblatt“ nicht auch im Kasino auf? Zeuge: Ja! Berth.: Das „Stuttgarter Tagblatt“ brachte über das den gravierendste Artikel in der ganzen Sache! Zeuge: Die Klage zu erheben, war Sache des Regiments-Kommandeurs. Medaileur Kell (Foz.): Die demokratischen und sozialistischen Blätter, aus denen der Herr Zeuge schöpft, haben den „Schwarzwalder Bote“ als Quelle angegeben. Demnach mußte man bei der Verfolgung doch zuerst auf diesen verfallen. Zeuge: Ich las den „Schwarzwalder Bote“ nicht!

Die Vertheidigung hob namentlich hervor, daß die angelegten Blätter die Absicht gehabt hätten, durch ihre Artikel Aufklärung in die dunkle Angelegenheit zu bringen. Es lasse sich durch Herren (die der Vertheidiger namentlich nennt) nachweisen, daß auch in den Kreisen der Offiziere davon gesprochen worden sei, Müller habe eingestanden, den Bögele erdrostet und dann aufgehängt zu haben. Das Gericht war ein allgemeines und ging weit hinaus über Ludwigsburg. Der Fall

Ungescheiterte Aussage der Presse noch nicht zu Ende geführt sei. Das Urteil wird, wie wir schon mitgetheilt haben, am Donnerstag, also heute, verkündet werden.

kleine politische Nachrichten. Einmaligen höheren Marinebeamten ist ein bestimmter militärischer Rang vom Kapitän zur See bis zum Kapitänsleutnant verliehen worden. Die Staatskammer in Paris vertheilte den Medaillen des königlichen Blattes "Praca" wegen "Aufreizung zu Gewaltthätigkeit" durch Abbildung mit begleitenden Zeilen, worin zwei Kampfe ausziehende polnische Freiheitskämpfer gesiegt werden, zu 400 Mark Strafe. — Beim Abholen einfaßt er Postsendungen von der Post ist die Postverwaltung nicht verpflichtet, die Beglaubigung der Abholer zu prüfen, und kommt deshalb auch für Versehen ihrer Beamten in dieser Beziehung nicht auf. Der Deutsche Handelsstag hatte nun an den Staatssekretär v. Bodenlos eine Eingabe gerichtet, die um die Einführung der Postzettel der Postverwaltung für Versehen ihrer Beamten ersuchte. Daraus ist nun folgender Bescheid ergangen: "Dem vorstehenden Wunsche gemäß habe ich die Frage, ob die Reichspostverwaltung beim Abschluß von Abkommen wegen Verzehrung der Empfangsberechtigung der Abholer von Postsendungen die Haftpflicht für Versehen ihrer Beamten übernehmen kann, eingehend erörtert; bei einer Bereitswilligkeit, dem Publikum, insbesondere dem Handelsstande, entgegen zu kommen, muß aber die Reichspostverwaltung mit Rücksicht auf das Ergebnis der stattgefundenen Erörterungen die Haftverbindlichkeit auch ferner ablehnen." — Eine große Anzahl deutscher Kolonien aus dem Convenement Szacow ist über Wien nach Amerika ausgewandert. Ursache sind die anbrechenden Witterungen der letzten Jahre. — In Finnland will man festgestellt haben, daß zahlreiche russische Siedlungen das Land durchstreifen, um unter der kaukasischen Bevölkerung Stimmung für den ungeren Aufstand an Rusland und für eine Gegenkundgebung gegen den Landtag und den Senat zu machen. Diese Leute sollen als Konsulier verkleidet sein. Inzwischen ist die Begeisterung für die autonome Richtung noch im Hochs. Es sind Schritte eingeleitet, um neue Schulen an den Bäumen unter strenger Beaufsichtigung der vorgeschriebenen Normen zu richten. — Nachrichten aus Konstantinopel aufzugeben, in den letzten Tagen zahlreiche Turken wegen jugoslawischer Unzufriedenheit verhaftet. Wie weiter verlautet, ist der frühere Kommissar der "Police Publique", Murad Bey, welcher wegen jugoslawischer Gesinnung ins Ausland geflüchtet war, später aber wieder zurückkehrte, in diesen Tagen mit seiner Familie verhaftet worden. — Bei der Wahl des Präsidenten für die geschichtliche Deputiertenkammer wurden 220 Stimmen abgegeben; hierzu erhielt Amadas (Republik) 128 Stimmen, der Regierungskandidat Topalia 26 und der Deltanist Roma 37 Stimmen. Das Rebiue hat nunmehr seine Entlassung gegeben. Der König hat beschlossen, Thessaloniki mit der Bildung eines neuen Kabinetts zu beauftragen.

Oesterreich-Ungarn.

Vereinsauflösungen. Infolge unausgesetzter demagogischer Aufforderungen in literarischen und antisemitischen Blättern und Vereinen gegen die zunehmenden Liberalen von der Statthalterei vieler Wiener Vereine wegen angeblicher Überschreitung des statutarischen Wirkungskreises und statutenwidriger Beschlusssammlungen aufgelöst worden, und zwar der Verein der Deutschnationalen in Oesterreich, dessen Präsident der bekannte Abgeordnete Wolf ist, ferner der deutsche Verein des Bezirks Wieden, der Ausflugsverein des Bundes der Germanen und endlich der weder nationale noch politische Verein evangelischer Glaubensgenossen a. b. in Wien, der die Förderung der evangelischen Gemeindeinteressen zum Zwecke hat. Es ist unzweifelhaft, daß die Auflösung dieser Vereine nur erfolgt ist, um der Organisation der "Los von Nom" Bewegung den Boden zu entziehen. Ein bestimmter Grund ist im Auflösungsdecreto nicht angegeben.

Frankreich.

Rasimir Perier auf dem Bogenstaub. Rasimir Perier, dessen Aussagen wir zum Theil bereits gestern mitgetheilt haben, schloß nach dem ausführlicheren Bericht mit den folgenden Worten: Es wäre nicht meine Sache, sondern die des Ministerpräsidenten, die (vom deutschen Botschafter, Ned. d. "L. B.") verlangte Note abzufassen. Die Note dürfte sich nach meiner Ansicht nicht wesentlich von den früheren in diesem Sinne erlassenen unterscheiden, da man sonst nach den Unterschieden in der Form suchen würde, was zu neuen Erörterungen Anlaß bieten könnte. Ich sicherte dem Botschafter eine neue Zusammenkunft mit dem Ministerpräsidenten zu. Wenige Tage später ließ mir der Botschafter sagen, daß der Botschafter als erledigt angesehen werden könnte. Auf die Frage des Präsidenten Loew, ob der deutsche Botschafter im Laufe der Unterredung oder später erklärt habe, daß die deutsche Regierung niemals Beziehungen zu Dreyfus gehabt habe, sagte Rasimir Perier, eine Erklärung dieser Art sei nicht abgegeben worden, der Name Dreyfus wurde nur genannt, um die in Rede stehende Affaire zu bezeichnen. In Betreff des falschen Briefes des Kaisers Wilhelm erklärte Rasimir Perier, er habe von einem solchen Brief erst Ende 1898 im Laufe der Erörterungen über die Interpellation Groussot gehört.

Der frühere Ministerpräsident in Madagaskar, Baroche, erzählte, im August 1898 habe er eine Unterredung mit Admiral Duperis gehabt; dieser teilte ihm mit, daß er vor kurzem mit dem Erzherzog Ludwig Victor, dem Bruder des österreichischen Kaisers, gesprochen habe; dabei habe der Erzherzog gesagt, er wisse bestimmt und gebe dafür sein Ehrenwort, daß die deutsche Regierung nicht die geringsten Beziehungen zu Dreyfus gehabt.

Seine Entlassung hat der Generalstabchef der französischen Marine, Admiral de Guerville, wie der "Soir" meldet, in Folge Meinungsverschiedenheiten mit dem Marineminister Vichy genommen. Der Rücktritt erfolgte, weil Marineminister Vichy, ohne ihn auch nur zu verständigen, eine Verordnung im Amtsblatt erscheinen ließ, die dem Kolonienministerium beschließenden Einfluß auf die Anlage überseeischer Flottenstützpunkte einräumt und das aufzustellende Kolonialheer dem Kriegsministerium untergeordnet.

Die Aussagen des Generals Gonse. Der "Figaro"

verbüffentlichte am Mittwoch den Anfang der Aussagen des Generals Gonse vom 12. und 13. Dezember 1898 und 21. und 24. Januar 1899:

Um 12. Dezember erklärte Gonse, daß er im September 1894, als er Unterkiel des Generalstabes war, vom Oberst Sandherr in Bordenau erhielt, welches in die Hände Henry gelangt war. Das Bordenau war in Süden eingesetzt und von Henry mit Hilfe mehrerer Offiziere wiederhergestellt worden. Man stellte über das Bordenau eine lange und genaue Untersuchung an; die Schriftprüfungen zeigten den Verdacht auf Dreyfus. Gonse gab dann technische Auseinandersetzungen bezüglich der im Bordenau erwähnten Städte, von welchen die meisten nur durch einen Generalstabsoffizier, welcher die nächsten Tätigkeiten der einzelnen Städte kannte, verraten sein konnten. Gonse stellte besonders fest, daß die Schriftstücke über das Geschäft 120 und die hydrographische Karte nur durch Dreyfus weiter gegeben sein konnten. Bezuglich der Frage über die Vorlegung geheimer Schriftstücke im Kriegsgericht von 1894 verweigerte Gonse die Aussage. Er erklärte weiter, er habe von dem Verdacht auf Dreyfus am Abend nach der Degradation auf indirektem Wege gehört. Am folgenden Tage bei Lehman-Renaud zum Kriegsminister geführt worden. Lehman-Renaud habe seine Erklärung wiederholt und gleichzeitig einen Brief an den Chef des Generalstabes gerichtet. Gonse schlägt seine Aussagen über das Geständnis des Dreyfus mit der Behauptung, daß Dreyfus ein halbes, aus überlegten Auslassungen und Lügen zusammengesetztes Geständnis gemacht habe. Auf eine Frage des Präsidenten erklärte Gonse, über diesen Zwischenfall ein Protokoll nicht aufgenommen zu haben, weil man die Angelegenheit als völlig abgeschlossen betrachtet habe. Picquart habe ihn am 3. September 1898 aufgesucht. Gonse habe ihm vorgesetzt, daß er ihm die Ergebnisse seiner Untersuchung verborgen und bräuchte, habe, ihn in die sehr ernste Angelegenheit zu verwickeln. Picquart habe niemals gesagt, daß die von Henry herührenden Städte eine Fälschung seien. General Gonse führte weiter aus, daß du Paty de Clam in der Angelegenheit Eberhard vollständig auf eigene Faust gehandelt habe, so daß dessen Behauptung, er habe sich von Gehüten höherer Art leiten lassen, durchaus verständlich sei. Von angeblichen Verleihungen Eberhard's an Sandherr und über eine Verwendung Eberhard's im Spionagegebiete habe er niemals etwas gewußt. Nach leien in den Akten des Nachrichtenbüros seien keine Angaben oder Verzeichnungen enthalten, welche auf eine derartige Verwendung schließen ließen.

Wie das "Journal" wissen will, beschäftigte Kron Dreyfus, einen neuen Antrag auf Annulierung des Prozesses Dreyfus einzureichen, da der erste Antrag unbeantwortet geblieben ist.

Philippinen.

Vom Philippinen-Kriegschapitre kommt aus englischer Quelle die Mitteilung, daß der Hinterhaltkrieg der Tagalen begonnen hat. Der "Standard" erzählt aus Manila:

Eine Abteilung von 15 amerikanischen Soldaten sei während einer Reconnoisance in einen Hinterhalt gelockt und von den Einheimischen angegriffen worden. Zwei amerikanische Soldaten wurden getötet, mehrere andere schwer verwundet.

Die "verschwundenen" Streiter Aguinaldo's tauchen also bei der Gelegenheit und an dem Orte auf, wo es ihnen paßt. Über solche unliebsamen Wiedersehenszenen berichtet Otis nichts.

Samoa.

Die neuesten Vorgänge auf Samoa. Ueber einen neuen Kampf auf Samoa berichtet ein "Neuter" Telegramm aus Apia. Eine aus Engländern und Amerikanern bestehende Truppenabteilung wurde am 1. April von Matafa-Leuten aus einem Hinterhalt überfallen. Drei Offiziere und vier Matrosen wurden getötet. Der Hinterhalt befand sich auf einer deutschen Plantage, deren Geschäftsführer verhaftet und an Bord der "Tauranga" gebracht wurde, wo er in Haft gehalten wird infolge eindlicher Erklärungen, daß geschehen worden ist, wie er die Matafa-Leute zum Kämpfen ermunterte. Die Matafa-Leute zählten etwa 800. In einem früheren Gefechte wurden 27 Matafa-Leute getötet; die Europäer erlitten keine Verluste.

Vom Bäterchen.

A. K. Nikolai II. von Sibirien-Russland ist angeblich der Verfasser des Friedensmanifestes und Agitator für die heile Idee des Weltfriedens. Es soll sogar Friedensvereinser geben, die allen Ernstes glauben, daß von Bäterchen das Heil der Welt ausgehen werde. Sie sehen und hören augenscheinlich nicht, wie eigentlich die zaristische Friedenstheorie sich in der Praxis macht. Da haben wir Finnland, ein Land mit hochintelligenten, freiheitlichen Anschaunungen zugehöriger Bevölkerung, ein Land, mit dem uns Bäterker so mancherlei Bande verknüpfen. Hier offenbart sich der russische Geist so recht "waldursprünglich", hier zeigt der Friedensbar seine brutale Kriegspfote. Verbriezte Rechte werden mißachtet, mit Füßen getreten, — der Raum ist niedrig, da steigt Meister Béz eben über. Und in Deutschland, dem Lande der "Denker", röhrt sich kaum eine Stimme für das Bälchen im hohen Rieden, weil bei uns die sibirischen Altkaren auch schon längst an der Tagesordnung sind. Beträgt sich ein "Deutscher" irgendwo in einem kleinen ausländischen Staatsstaate flegelhaft und die dortige Germania sagt auf den Schelmen anderthalb, dann setzen sich die eisernen Kolosse „Wolldampf voraus“ in Bewegung, — die zahlreichen Landsleute, die im kulturbrechenden Russland unter der an Finland verübten politischen Nothzucht leiden, können lange warten, ehe ein einziger Schornstein für sie röhrt. Drüber am finnischen Meerbusen ist Kirchhofruhe eingetreten, die Finnen sind zu vernünftig, als daß sie der Knute Gelegenheit gäben, zu hauen, aber hunderte deutscher Geschäftleute, die drüber ihrem Gewerbe nachgehen, leiden unter der allgemeinen Niedergeschlagenheit, die einer ehrlichen Landesträger gleicht. Ihnen droht der wirtschaftliche Ruin. Aber wo sind da unsere "alten Rästen"? Wo sind die Telegramme an "Othm Nikolai"? Ein Freund sendet

uns aus Finnland ein Gedicht aus einer polnischen Zeitung, das so recht drastisch die Stimmung wiedergibt, welche im Range des Friedensbewegelsten herrscht. Es lautet:

Hilfe dich, Finnland!

Du hast es vernommen, das Heute des Volkes,
Schon steht er die Röhre, schon gelingt der Schlag,
Zum Schwert und Münze, den Streit heißt es dannen,
Reicht sich auch die Hände zu eisernem Band.

Hilfe dich, Finnland!

Wir haben's erfahren, die Polen, die Galten,
Und Schlimmeres folgt noch, wenn Gott es erlaubt.
Die helligen, heiligen der menschlichen Röter
Gesichter, gesund, verschont und gerettet.
Hilfe dich, Finnland!

Wir nicht auf Deine bekräftigten Rechte,
Nicht auf der Seite schlägenden Hör;
Der Russe ehrt seine heiligen Geiste,
Der Wolf hält seine Gottes — sein Kaiserwort.
Hilfe dich, Finnland!

An die Arbeiterschaft Deutschlands, an ihr Nationalgefühl wird stets appelliert, wenn sie den gemüngten Schweiz auf Negirs Altar niederslegen soll, und ein vaterlandloser Geselle ist, wer dagegen Einspruch erhebt. — weithalb aber wird hier nicht einmal der Dreizack gezeigt, wo es sich um die Vertheidigung von Recht und Freiheit handelt, wo auch die Massen derer vielleicht zufrieden wäre, die aus guten Gründen zu all diesen Dingen ein energisches Nein sagen? Deutscheren diplomatisch zu "packen", die uns keinen Pfennig einbringen, hat für uns Steuerzahler keinen Werth, aber ein alter Kulturland vor dem Terrorraus holzbarbarischer Gesellen zu bewahren, das wäre eine Aufgabe, des Schwisches und des Blutes der Edlen wert. Geschehen wird's ja selbstverständlich nicht. Deutschland wird Begeisterung machen bei den Friedensschören und im Stillen eifrig rüsten, nicht für die Bedrohten, nicht für Freiheit und Amtstand in der Politik, sondern für Kaufgeschäfte, die im gewöhnlichen Leben nicht üblich, oder doch jedenfalls nicht erlaubt sind. Und dann stellt sich sicherlich noch irgend ein Mann an hin und erhält in schwungvoller Rede diesem "Geschäft" seinen Segen!

Hilfe dich, Deutschland!

Übung und Nachbargebiete.

13. April.

— In der Schwächer-Zwangslösung geht es ständig recht lebhaft her. Das ist begreiflich, da Elemente durch gesetzliche Nötigung zusammengetrieben sind, die sich niemals vertragen werden. Der alte Kunstglaube wird sich nie mit der um sich greifenden Erkenntnis der wirtschaftlichen, der technischen Entwicklung vereinbaren. Das kommt in den Innungsversammlungen drastisch zum Ausdruck. Der jetzige Obermeister, Herr Lühr, eignet sich offenbar nicht im mindesten zum Leiter einer so großen Korporation. Er gehört, nach dem, was wir von ihm kennen gelernt haben, zu den rückständigsten antisemitischen Rückwärtigen. Er zog in der letzten Versammlung kräftig los gegen die billigen Reparaturangebote, redete von unlauterem Wettbewerb, erklärte auch, daß gegen die Bäzare vorgegangen werden solle u. s. w. Ihm wurde von anderer Seite zutreffend erwidert, daß mittels brauchbarer maschineller Einrichtungen manches selbstverständlich billiger hergestellt werden könne, als durch Handarbeit. Dies wurde durch Beispiele gewißlich erläutert. In der Versammlung ging es recht lebhaft her. Die Anschauungen des Obermeisters fanden wenig Zustimmung, eine uns zugegangene Buzchrist erklärte die Ausführungen des Herrn für geradezu unglaublich. Das Amtsblatt hat neulich indirekt den Vorwurf gemacht, sie sei eine sozialdemokratische. Das ist selbstverständlich, wie wir sofort erklärt, Unsinne. Wäre etwa in diesem Falle ein Ahlwardtianer Vorstehender? Aber bestreiten läßt sich nicht, daß die große Masse der Meister von der Zwangslösung nichts wissen will, daß sie zu aufgeklärt ist, um von diesem Palliativmittel etwas für die Erhöhung des Berufes zu erwarten. Und deswegen die frischfröhliche Opposition, deswegen am 9. Mai die Verhandlung über den Antrag auf Auflösung der Innung. Als Sozialdemokraten hätten wir vielleicht garnichts dagegen, wenn die Zwangslösung weiterbestehen würde, ist doch am Dienstag schon die sehr vernünftige, leider aber nicht zur Debatte gestellte Anregung gegeben worden, am Maiestzuge die Theilnehmern, — wenn aber die Meister selbst in ihrer Mehrheit dafür sind, Schlüß zu machen mit der unfruchtbaren Arbeit, dann werden sie sicher ihre guten Gründe dafür haben. Und das ist eine Privatsache, die uns nicht angeht.

Achtung, Schwächer! Die Hamburger Innungsmeister suchen auswärts Arbeitswillige zu werben. Ihre Kollegen ersuchen Euch dringend, den Zugang fernzuhalten. Dasselbe ersuchen gilt den Schwedern.

Klappen zu! In der vorigen Woche wurden sechs 4 Kinder — vom Inlande importirt.

Vom Tage. Gestohlen wurden einem Gastwirth drei Billardbälle, einem Bäckermeister zwei Siegelringe.

Büßliche Zeitungswisheit. Im "Berl. Tagebl." lesen wir nachstehendes Privattelegramm aus Südbayern: "Die Sozialdemokraten beschlossen, sich zum ersten Mal an den diesjährigen Bürgerschaftswahlen, und zwar mit aller Energie, zu beteiligen." Und fast wörtlich dasselbe berichtet die a-Correspondenz des "Hbg. Freibl." Dem

brauen Reporter ist augenscheinlich nicht bekannt, daß die Sozialdemokraten sich schon seit Jahren an den Bürger-schaftswahlen beteiligen.

Der Nationalsozialen erhebt das Amtsblatt einen kräftigen Wischer. Es schreibt u. a.:

"Naumann ist ein guter Mensch, ein liebenswürdiger Herr und ein ausgezeichnete Redner. Aber seine Hoffnungen auf einen endlichen Sieg seiner nationalsozialen Ideen sind Hirngespinst. Wenn die Arbeiter einmal soziales Blut geleidet und Geschmack daran bekommen haben, dann machen sie an den schwargeweißroten Grenzstädten nicht halt, sondern machen sich naturgemäß durch zur internationalen Sozialdemokratie. Soht alle Hoffnung fahren, daß die Sozialdemokratie jemals aufzuhören wird, revolutionär und demokratisch zu sein. Uns Schwärmer wie Naumann glauben immer noch an die endliche Entwicklung der Sozialdemokratie."

Wir pflichten dem Amtsblatte durchaus bei. Der nationale Sozialismus wird nie im Stunde sein, der Sozialdemokratie Abbruch zu thun, wohl aber leistet er ihr recht gute Vorschmidien. Wir verstehen deshalb, warum so herbe Urtheile, wie der oben zitierte gefallen werden.

Schiffverkehr im Hafen. In der vorigen Woche ließen ein 30 Dampfer, 12 Segler; ausgelaufen sind 26 Dampfer, 19 Segler, davon 5 bzw. 2 leer oder in Ballast.

Mahleburg. Am Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen wurde von dem Schwur-

"Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei ebenen Anlässen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Nach schweren Leiden starb unser kleiner lieber Hans im Alter von 1½ Jahren. Dies gelingen an die liebsten Eltern
C. J. Jönsson und Frau.

Ein Logis zu vermieten.
L. Wegert, Schwartzau, Schulstraße.

Geübte Rockarbeiter
Justus Meyer.

Laufjunge gesucht.
Sandstraße 27.
C. Harz.

Gesucht eine Waschfrau für Dienstage
obere Glockengießerstraße 81.

Gesucht 1000 M. in ein Grundstück nach
8000 M. Brandstabenwert 5450 M. Österken
unter Nr. 8 an die Exped. d. Bl.

Ein moderner Kinderwagen
billig zu verkaufen. Nähmas. Regbildstraße 20.

2 neue Sofas mit und ohne Stühle
billig Fleischhauerstraße 66.

Neue und gebrauchte Bettex sind billig
zu verkaufen Regbildstraße 24, 1. Et.

Kartoffeland zu verpachten
gedingt und negraben Schwartzauer Allee 80 a.

Schuhmachergeschäft
schnell billig zu übernehmen
Schwartzauer Allee 88 a.

Die beste Margarine,
als Ersatz für beste Meiereibutter, kostet per Pf. 65 Pf.
Carl Ohlert, Abingstraße 128.

Streichfert. Oelfarben
genau nach Muster
sowie

Vußboden-Glanz-Oel
empfiehlt in bester Qualität

Hans Fock, Fadenb. Allee 10.

Einen großen Posten einzelner
Kammgarn-, Cheviot-,
Buckskin- u. Arbeitshosen
so lange der Vorraum reicht, spottbillig abzugeben.

Marlesgrube 38.

Drahtgeslecht
von 30 Centimeter bis 2 Meter Höhe
in allen Weiten d. Mtr. v. 15 Pfg. an.
Gehärdelt, Stacheldraht
billig bei
Fadenb. Carl Buchholz.
Allee 10 b.

Folkers'
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25

empfiehlt
gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und
Polsterwaren, vom einfachsten bis zum
elegantesten, zu billigen Preisen.

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik "Lübeck und Nachgebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.

Verleger: Theob. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Gänsmühle in Lübeck.

gericht in Altona der Hamburger Greßmann von Her, welcher am 20. November 1896 wegen Rothzucht zu 2½ Jahren Gefängnis verurtheilt worden war und bis zum 14. Dezember 1898 in Strafhaft gesessen hatte.

Hamburg. Um 1. Belebungstage der 8. Klasse der 816. Hamburger Stadtlotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:
Mit 10 000 M. Nr. 78888. 5000 M. 49772. 1000 M.
Nr. 101961. 400 M. Nr. 12913. 67044. 77515. 300 M. Nr. 694
18845. 200 M. Nr. 29279. 80990. 104218. 200 M. Nr. 29000. 29057
69818. 69847. 70899. 79816. 80078. 100102. 106941. 108381
112025. 116000. 117921. (Ohne Gewähr.)

Niel. Wohnungslie. Durch den Einsturz der Brondmauer des im Abbruch befindlichen Schauerschen Hauses in der Rosenstraße wurden am Dienstag Abend drei Arbeiter verletzt. Der Maurer Westphal wurde als Leiche hervorgezogen, der Arbeiter Wartelken schwer, der Arbeiter Jensen leichter verletzt. Die Schuld soll den Maurerpolier, der die Aufsicht beim Abbruch des Hauses geführt hat, treffen. Der selbe wurde verhaftet.

Niel. Arbeiterischu. Die Straffammer verurteilte den Hofsäbler Hämmerle aus Sieversdorf wegen fahrlässiger Tötung zu 1 Monat Gefängnis. Er hatte an einer Dreschmaschine die vorzuschreibenden Schuhvorrichtungen ausbringen unterlassen, infolgedessen war das Dienstmädchen Treger vom Gabelwerk

erschossen und so schwer verletzt worden, daß es nach einer viertel Stunde verstarb.

Briefkasten.
Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragebogen schick, werden nicht beantwortet.

Padelküsse. Aus den angegebenen Gründen nicht ungängig. Mögen die Betroffenen sich nach besten Kräften trocken. Lieber einmal nasse Füße in den Raum nehmen, als einen Menschen in der Extrem schädigen.

A. K.

Quittung.

Zur die Kreisfelder Weber gingen ferner ein:

Von H. Gelammett a. e. silb. Hochzeit von Frau

W. V. " " 7,20

Mit den bereits quittierten " " 403,10

Summa M. 410,80

Nach Kreisfeld gekündigt:

Am 29. 3. " 197 M. u. 80 Pfg. Porto.

Am 13. 4. " 200 " " 30 "

397 M. u. 60 Pfg. Porto.

Weitere Gaben nimmt gern entgegen

Expedition des "Lübecker Volksbote"

Johannisstraße Nr. 50.

Allerfeinste

Meteroi-Tafelbutter

Wb. 1,- und 1,10 M.

A. L. Mohr'sche Margarine

Wb. 1,00 Pfg. A II Wb. 50 Pfg.

2 Wb. 115 " 2 " 95

Vitello-Margarine

Wb. 70 Pfg., empfiehlt

Obertrave Ludw. Hartwig.

Lübecker

Genossenschaftsbäckerei

c. W. m. b. v.

Ordnung

General-Versammlung

am Donnerstag den 20. April

Abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tages-Ordnung:

Geschäfts- und Haushalt bericht vom 1. Quartal 1899.

Antheilsscheine legitimieren

Der Vorstand.

Veranstaltung

der

Vorher u. Berufsgen.

am Freitag den 14. April

Abends 8½ Uhr

bei F. Leeke, Lederstraße 3.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Vororttag.

2. Maisterei.

3. Verschiedenes.

Hierzu sind die Collegen vom Metall-

arbeiterverband einzuladen.

Die Ortsverwaltung.

Central-Straßen- und

Sterbeunterstützungsfasse

der deutschen Schiffbauer.

Mitglieder-

Versammlung

am Sonnabend den 15. April

Abends 8 Uhr

bei Herrn Jägers, Engelsgrube 59.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung.

2. Wahl der Delegirten.

3. Anträge zur Generalversammlung.

4. Verschiedenes.

Die örtliche Verwaltung.

Gesang-Verein

"Einigkeit"

Veranstaltung

am Sonnabend den 15. April

Abends 8 Uhr

im Vereinslokal.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme.

2. Abrechnung.

3. Wahl eines Schriftführers.

4. Verschiedenes.

Bahrtreches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Heute Freitag den 14. April

verlege mein Geschäft nach

Breitestrasse 70 — Markt 9.

Zudem ich meinen werten Kunden für ihr bisheriges Wohlwollen bestens danke, bitte ich um fernere geneigte Unterstützung.

Butterhandlung „Zur Krone“.

Zuh.: Otto Baake.

Joseph Kürschner:

Der neue Reichstag

Aus dem Jahrbuchverzeichniß heben wir hervor:

Allgemeiner Theil: Der deutsche Reichstag. Wahlergebnis vom 16. 6. 98. Die Mitglieder nach Fraktionen, Beruf bzw. Stellung. Vertheilung der Abgeordneten nachändern ihrer Geburt und ihres Aufenthalts. Religionsverhältnisse. Geburtsjahr. Auszug aus der Verfassung des deutschen Reiches. Rechtsfach für den Deutschen Reichstag. Geschäftsordnung für den deutschen Reichstag. Sachregister zur Geschäftsordnung. Biographischer Theil der Mitglieder des deutschen Reichstages.

Das Werk enthält außerdem das Bildnis eines jeden Abgeordneten.

Preis 50 Pfg.

Jedem Reichstagswähler und Leser der Reichstagsverhandlungen ist dieses Werk nur zu empfehlen.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Allen jungen Leuten, welche zur Frühjahrszeit zu ihrer weiteren Ausbildung die deutschen Lande bereisen wollen, empfehlen wir:

Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.

Dasselbe enthält eine Eisenbahnkarte, sowie eine Orientierungs- oder Straßenkarte und über 2000 verschiedene Reisetouren.

Preis gebunden in Ganzleinen M. 1,50.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Grosse Auction!

Freitag den 14. April, Nachm. 2½ Uhr

in der

14. Hundestrasse 14

Über: ein Babentisch, 8 neue Commoden, Nähmaschinen, Küchenmöbel, Weinkisten, Schranken, ein großer Ausziehtisch, eine Garderobe, Bettwäsche, Kinderwagen, eine Windfanghölz, ein Posten Männerhämmer u. Seelen, ferner abgepaßte Handtücher, Herrenhosen, Bilder u. v. n. S. m.

J. C. B. Schmehl,

Auctionator und Tagator.

Bratenschmalz

à Pfd. 50 Pfg.

empfiehlt

Heinr. Viereck, Hürstr. 96.

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachgebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.

Ber

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Jahr 87

Freitag, den 14. April 1839.

6. Jahrgang.

Das Eheleben der Thiere.

Es erscheint gewiß sonderbar, das Wort „Ehe“ auf die Thiere angewendet. Ist denn nun die Ehe ein Gebot des Menschen vom Tage seiner Erkundung an? Oder hat er sie erst erworben, wie er das meiste erst erwerben möchte, was wir heute Nutzen nennen? Oder grenzt am Ende das Menschen Ehe doch in das tierische organische Leben, also auch in das Leben des Thieres über?

Diese Fragen wird der bekannte Naturforscher H. M. Helmolt die in einem momentan interessanten Artikel auf, den wir in der neuen Illustrirten Zeitchrift „Die Woche“ lesen. Thier und Ehe meint Helmolt, beiden Gedankengängen wie in diesen Zeilen folgen wollen, in welch noch ein reicher Unterschied. Eine Mutter ist ein Thier und ein Vater oder ein Paar ist ein Thier. Wir müssen zufrieden sein, wenn wir ganz oben in der Kategorie der Thierwelt einen „Eheartigen“ finden. Es scheint, daß gewissermaßen als Vorstufe der Ehe im Thierreiche noch etwas ungebührlich sein möchte. Die Zorge der Eltern für das Kind ist noch nicht entwöhnt, wie bei den Thieren hinab die Zorg geht. Das Verhältnis der Eltern, also eines Geschöpfes, das der Vater im Naturzustand menschen wie nicht für ein Thier hält, sagt mit getrimmter Stimme aber seiner Frau und schaut sie mit einer treue Wonne. Es ist eine Stimme, die uns vielleicht als Symbol des menschlichen Thieres gilt, weicht nicht von dem Gründen, das die vorliegenden Autoren anscheinlich vertheidigt: es wie eine Mutter und unterliegt schließlich der Wiederholung, während die Vater bis zum Aufblühen auszuhören. Allerdings leben wir in manchen Fällen auch das Gegenteil. Bei einer Ziehkleiner, niedlicher Aussehen, den Ziehlingen, ist die Ziehlingsmutter eine Abennummer. Dauer ist bei einer Ziehlingsmutter voll ungewöhnlicher Regungen für seine Nachkommen. Bei höher entwickelten Thieren aber tritt sich Vater und Mutter um die Zorg für die Jungen. So ist das Vorbild, das einerseits ihr Zusammenleben vertreibt, andererseits diesem Zusammenleben einen Inhalt gibt, über den Moment des Liebesrausches hinaus. Beim Vogel sehen wir diese Arbeitsteilung zwischen Vater und Mutter. Ziemlich weg beteiligen sich beide am Bau des Nestes, meist so, daß das Weibchen kann und das Männchen den Zrost heranträgt. Sicht die Mutter dann brütend auf dem Nest, so sorgt der Vater für Nahrung und Schlaf. Hier in reicher Bilden ist die wirkliche Ehe. Und tatsächlich: die Mehrzahl der Vogel zeigt uns die Ehe in echtester unverstellbarer Form. Ehe in der Gestalt, daß Mann und Weib sich auf Lebenszeit zu einander thun, Freude und Leid, Arbeit und Rast in dauernder Harmonie thellen, bis zum Abschluß ihrer Bahn. Bei der Mehrzahl der Sängethiere jedoch zeigt sich eine entschieden losere, eine unvollkommenere Form der Ehe. Es sind meist „Ziehchen“, die da geschlossen werden, in Liebeszeiten, die periodisch wiederkehren. Wilde Kämpfe finden dann das gewählte Weibchen statt. Wuthende Eifersucht beschert den auf „Ziel“ vermaßten Gatten. Nichts lustiger, als zu lesen, wie sich der brave Mantwurf bei im Erdreich in solcher Situation befindet. Hat er seine Geliebte gefunden, so gräbt er besondere Nöthnen tief im dunklen Erdreich. Da wird sie hingesperrt und weilt dem Nebenbuhler, der sie verleiten möchte! Auf Tod und Leben kämpfen die Herren Mantwurfe miteinander. Sieht der Sieger heim, so gleichheit es ihm wohl, daß seine Schöne inzwischen eigene Wänge aus ihrem Gefängniss herausgegraben hat und erst selber wieder eingeholt werden will. Dann sieht es auch Raub und Besitzerei zwischen Mann und Frau. Aber das alles hindert nicht, daß auch hier bald die eührendste Kinderpflege anhebt, in die Vater Mantwurf und Mutter Mantwurf sich redlich thellen. Doch es giebt noch etwas anderes als Ziehchen, es giebt in der Thierwelt etwas wie Erinnerung an solche Stunden.

So wird es von den Seebären, einer Art Seehunden,

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Mügge.

(45. Fortsetzung.)

Es war der Staatsrat Hammerstein, der ihm beide Hände entgegenstreckte und mit seiner gewohnten lächelnden Güte sagte: „Mein armer, unbefrancener Freund, was habe ich Ihnen prophezeit, wovor habe ich Sie vornehmlich gewarnt? Halten Sie immer ein Auge auf Kopenhagen gerichtet und schreiben Sie nichts, gerathen Sie in keinen unserer modernen Hexenprozesse, das waren meine leichten Worte.“

Sie stehen vor einem sait accompli, Herr Staatsrat“, erwiderte Vornsen, die Lächeln zuckend.

„Also nichts mehr davon“, sprach der Baron. „Sie haben recht, lieber Freund. Ich bin einige Wochen auf meinem Gute gewesen, leider ganz allein, denn Anna ist in Italien. Sie wissen doch, daß die Baronin Branden ist?“

„Ich höre es von Ihnen zuerst“, erwiderte Vornsen, „sezte es jedoch voraus.“

„Ah, freilich“, rief der alte Herr lachend, indem er sich niedersetzte, „das wilde Mädchen hat Ihnen einen Besuch auf Sylt gemacht, hat Sie warnen und gleichsam entführen wollen. Es war durchaus verüstig, daß Sie auf solche Mädchenträume nicht eingingen. Nun, Anna fuhr mit Branden nach Helgoland, dann weiter nach London, wo sie im Hotel unseres Gesandten getraut wurden. Branden ist unendlich glücklich und Annas Briefe schwärmen voller Fröhlichkeit für ihn. Aber, mein lieber Freund,“ fuhr er dann fort, „womit vertreiben Sie sich die Zeit? Sie haben eine Unmenge alter Bücher und Schriften hier aufgestapelt. Ich glaube behaupten, Sie wollen um eine Professur an einer deutschen Universität nachsuchen, wenn Sie erlost sein werden.“

Während er lachte, sagte Vornsen:

berichtet. Um die Mitte des April erscheinen an der Küste der St. Pauline im Wehringsmeer Scharen alter Seevögel und besuchen die Klippe: es steht ihre Ehezeit! zwei Monate später beginnt der Zuflug der Weiber, die bis dahin allein im Szenen hausen. Schon genug ist bei den Seevögeln die Ehezeit eingerichtet. Sie hat doppelten Zweck. Zuerst den einer wirklichen Heirath. Aber dann verläuft ist die gemeindliche Pflege der Jungen vom vorigen Jahre auf der vorjährigen Ehezeit. Von die Tragzeit der Jungen währt gerade so lange von damals bis jetzt und kaum haben die Seevögelköhen sich einen neuen Gemahlt erfreut, so bedienen sie ihn zunächst nur den Kindern seines Vorgängers, die er aber unbekannt, ob sie es seine eigenen, für die Tochter seiner eigenen Artgenossen bestimmt. Es sind in diesen dreitägigen Zeiträumen jungen Vogeln in diesem Alter und von den Seevögelstein überflogen ist: sie haben sich bei der Ankunft am Strand alle wortenden Männer trauen an, foden und haben einzige Zeit, ob sich der fröhliche Mann aus der vorigen Ehe nicht mache. Nach zweiter aber und genüge Ausflugsergebnis. Sie sollen sich zu einer festen Ehe in einer Familie gebracht haben. Einmal verlobt werden sie nicht mehr absonderen. Der Mensch kann in es nicht, der ist sehr „verlobt“ hat. Und dennoch! „Mag nun das Thier dem Menschen noch in manche bringen; der Mensch tritt nicht schlecht auch. Es ist ein Wunder, die Menge, die konzentrische Kraft und es auch in der Ehe.“

Soziales und Parteileben.

Vierte Generalversammlung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Am letzten Verhandlungstage, Sonnabend, den 13. April, wurde beschlossen, dem Metallarbeiterverband für die im Streit befindlichen Arbeiter den Zuschlag von 5000 Mark zu überweisen, hiervon zuvor in der Statutenberatung fortgesetzten. Die Metterrat reichte das Zuschlagsstellen über 2000 zahlende Mitglieder kleinen Inhaben bestehen, daß sie bei Streit und Unterstürzung gefangen die Entscheidung selbstständig treffen können. Die Gewährung hierzu muß aber der Vorstand geben. Das noch bestehende Recht von den eingegangenen Beiträgen bis zu 75 Prozent am Erte zu behalten, gaben die Berliner Delegirten auf, so daß diese Zahlstellen mit dem 1. Juli d. J. ebenso abrechnen, wie die übrigen. Diese Erklärung wurde mit Beifall aufgenommen. Die Prozente für die sozialen Bewegungen wurden um 20 Prozent festgesetzt, davon 1 Prozent für die Beamten und 14 Prozent für die anderen sozialen Ausgaben. Der von der Metterrat am 1. Juli gestellte Antrag, daß auf je 1000 zahlende Mitglieder ein Delegirter gewählt werden sollte, anstatt wie bisher auf 500, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß man erst die Wirkung der Arbeitslosenunterstützung abwarten sollte, weil es doch nicht ausgeschlossen sei, daß in der ersten Zeit ein Rückgang der Mitgliederzahl eintreten könne. Beschlissen wurde ferner, daß als Grundlage zur Berechnung der Mitgliederzahl die Abrechnungen der ersten drei Quartale des Rechnungsjahres gelten und daß eine Durchschnittsleistung von 10 Beiträgen pro Mitglied und pro Quartal vorhanden sein muss. Die Däten wurden auf 8 Mt. festgesetzt, für entgangenen Arbeitsverdienst wurden 4 Mt. gezahlt. Diese Bestimmung kommt mit einer kleinen Änderung bereits für diese Generalversammlung zur Anwendung. Zu den Beschlüssen der Generalversammlung wurde noch der Punkt: Feststellung des Ortes der nächsten Generalversammlung, eingefügt. Das ganze Statut wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Die Paragraphen über die Arbeitslosenunterstützung resp. Reisegeld lauten demnach:

a. Arbeitslosenunterstützung.

Die Ortsunterstützung wird in 52 aufeinander folgenden Wochen für 42 Tage gewährt und beträgt bei einer Mitgliedschaft von

	für männl. Mitgli.	für weibl. Mitgli.
pro Tag pro Woche	pro Tag pro Woche	pro Tag pro Woche
62 Wochen	Mr. 1,-	Mr. 8,-
104	1,17	7,-
156	1,33	8,-
208	1,50	9,-
260	1,67	10,-

Hat ein Mitglied während einer Arbeitslosigkeit für 42 Tage die volle Ortsunterstützung (Abl. 2 d. §) erhalten, so kann es erst wieder nach 62 Wochen, vom ersten Erhebungstage an gerechnet, Mitgliedschaft oder Ortsunterstützung erhalten, wenn es während dieser Zeit dem Verbande unterbrochen angehört und seine Beiträge für dieselbe entrichtet hat. Unterstützungsduuren unter 42 Tagen werden bis zu dieser Höhe zusammen gerechnet, sofern die Arbeitslosigkeiten innerhalb der vorgenannten 62 Wochen fallen. In gleicher Weise werden Arbeitswochen auf die 62 Wochen Rücksicht in Berechnung gebracht.

Bei Eintritt der Arbeitslosigkeit muss das auf Ortsunterstützung Anspruch erhebende Mitglied der Ortsverwaltung oder dem vom Vorstand bestimmten Geschäftsführer davon unter Angabe der Ursachen der Arbeitslosigkeit, sowie sie ihm bekannt sind, sowie der ihm an der Abreise hindernden Gründe Meldung machen.

Der Anspruch auf Ortsunterstützung beginnt nach Ablauf von 7 Tagen, für welche Ortsunterstützung nicht bezahlt wird, 60 Tage gelangen nicht zur Auszahlung.

Wer die in die Arbeitslosigkeit fallenden einzelnen Tage der Beidäigkeit kommt die Ortsunterstützung in Wegfall. Das Gleiche gilt für lokale Arbeitslose für die Dauer des Beuges von Rücksengeld.

Ortsunterstützung darf nur an dem Orte, wo das Mitglied arbeitslos geworden ist, ausbezahlt werden.

Steigt zwischen zwei Arbeitslosigkeiten ein Zeitraum von weniger als 6 Arbeitswochen, so kann Ortsunterstützung gleich vom Tage der Meldung der neuen Arbeitslosigkeit an gezahlt werden

b. Reisegeld.

Das Reisegeld wird an den vom Vorstand bestimmten Bahnhofen gewährt und beträgt pro Tag 1 Mt. In einem Orte dürfen jedoch nicht über 3 Mt. ausbezahlt werden, wenn zwischen diesem und dem vorherverlassenen Ort eine Fahrtstelle liegt.

Die Gesamtsumme des in einem Jahre zu erhebenden Reisegeldes beträgt nach

52 nächster Mitgliedschaft 12 Mt.
104
156
208
260

Mitgliedern, welche auf einer Tour die Hälfte der für das Jahr bestimmten Gesamtunterstützungsumme erhalten haben, kann weiteres Reisegeld oder weitere Ortsunterstützung nur nach Verlauf von 12 Wochen gewährt werden, sofern sie während der Zeit ihrer Verpflichtungen nachgekommen sind.

Wenn zwei oder mehrere Reisetouren nicht durch mindestens je sechswöchentliche Arbeitsdauer unterbrochen werden, so sind dieselben als eine Tour zu betrachten.

Hat ein Mitglied in 52 aufeinanderfolgenden Wochen, vom ersten Erhebungstage an gerechnet, die in § 6 Abl. 2 aufgeführte Reisegeldsumme erhalten, so darf es innerhalb 26 aufeinanderfolgenden Wochen, vom letzten Erhebungstage an gerechnet, kein Reisegeld und keine Ortsunterstützung mehr erhalten.

Neben die Kontrolle sind besondere Vorschriften vorhanden, ebenso Bestimmungen, nach denen der Verlust der Unterstützungen erfolgt.

Auf Vortrag der Statutenberatungskommission, was durch Wissel-Niel begründet wurde, wurden die Gehälter der Vorstandsbeamten von 165 Mt. auf 180 erhöht, desgleichen die der Hülfsarbeiter von 140 Mt. auf 150 Mt., jedoch erhalten Leytere im ersten Jahre ihrer Anstellung nur 130 Mt. pro Monat. Allen Verbandsbeamten werden vierzehn Tage Urlaub bewilligt. Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde fast einstimmig Kopenhagen bestimmt. Das Statut, mit Ausnahme der die Arbeitslosenunterstützung und das Reisegeld betreffenden Bestimmungen, welche am 1. Juli 1900 in Kraft treten, soll vom 1. Juli d. J. an Gültigkeit haben.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und wurde mit einem Hoch auf den Verband die Generalversammlung geschlossen.

vorhanden ist. Man würde das erste und einfachste Recht jedes freien Mannes achten, durch die Presse zu sagen, was er denkt, und seine Mitbürger zu versammeln, um gemeinsam zu beraten, was sie für ihr Wohl am zuträglichsten halten.“

„Das sind gefährliche Rechte,“ fiel Hammerstein ein. „Was verlangen Sie von einer bedrohten Regierung? — Soll sie ruhig zuschauen, wenn die feindlichsten Grundsätze gegen Sie verbreitet und in die Köpfe der rohen Masse geschleudert werden?“

„Wenn die Regierung im Rechte ist,“ sagte Vornsen, „hat sie nichts zu fürchten. Es muß ihr lieb sein, des Volkes Stimme zu hören, sobald nichts geschieht, was gegen das Gesetz wäre. Das haben wir gehabt, nichts weiteres. Bittend und vorstellend haben wir uns an den König gewandt, ihm vorgetragen, was wir für Recht halten, und darum allein, um nichts anderes, hat man mich gesangen und vor Richter gestellt, die mich nicht gesehen und gehört haben.“

Die bittere Heftigkeit, mit welcher Vornsen sprach, vermehrte sich durch den Widerspruch des Barons.

„Sie haben sich wahrlich nicht zu beklagen,“ sagte dieser. „Sie wissen nicht, welche Berichte über Sie eingingen, wie Rittershaft und Prälaten, die ersten und reichsten Männer im Lande, um Hilfe riefen gegen das gesetzlose Treiben.“

„O! ich weiß,“ erwiderte Vornsen. „Die Stützen des legitimen Throns beteuerten ihre Treue. Sie schrieben dem Könige, daß er nichts von ihnen hören würde, was allerhöchstesdemselben mißfällig sein könnte; batzen ihn, doch ja nichts zu überreisen, gemeine Menschen zur Last zu legen und forderten weiter nichts zum Vohne, als die Gnade und Huld ihres königlichen Herrn und die gute alte Zeit mit ihren Privilegien.“

„Sie sind ja vortrefflich unterrichtet trotz aller Thüren und Schlosser,“ lachte der Staatsrat. „Doch unbeforgt, lieber Freund. Ihre Denkschrift wirkt in Frederiksborg-

Vorwürfe gegen die Gewerkschaften. In Neuruppin ist ein allgemeiner Bauer- und Zimmererstreik ausbrechen. In Braunschweig befinden sich Männer und Männer, in Frankfurt a.M. die Stoffarbeiter, in Kiel die Silberschläger, in Dresden die Schmiede und in Wittenau die Holzarbeiter im Ausstand. Zugang der betreffenden Gewerbeausgehörigen ist von diesen Städten fern gehalten. Die ausländigen Hölzer in Wittenau sind beschlossen, nochmals mit den Meistern zur Begleichung der Vorwürfe zu unterhandeln. 28 Meister haben bereits die Forderungen bewilligt.

Einen Nachahmungsvertrag hat der Magistrat von Karlsruhe gefasst. Er beschloß die Einführung des Unterechts über die Arbeiter-Werkschaften in den Knaben-Fortschulungsgesellschaften. Will diese nicht folgen?

Auf dem dritten Kongress der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften, der in Braunschweig tagte, vertreten 29 Delegierte mit 31 Mandaten 5000 Arbeiter, die sich auf 13 Vereine in 18 Orten, meist Vororten von Berlin, verteilten. Hervorzuheben ist folgender Beschluss des Kongresses: „Au Erwähnung, dass nach den Berichten der Delegirten der einzelnen Vereine und Organisationen mit geringen Ausnahmen die systematische Vernichtung der Vertrauensmänner Centralisationen seitens der in Verbänden organisierten Arbeiter, hauptsächlich aber von den Fabrikern derselben betrieben wird, erklärte der zweite Kongress der Vertrauensmänner Centralisationen, für die Zukunft jede Rücksicht auf ein friedliches Zusammenkommen zu lassen und zwar so lange, bis auch unseren Wünschen in genügender Weise Rechnung getragen ist und uns die bisher vornehmliche Anerkennung zu thun wird.“ Ferner wurde eine Resolution gegen die Buchhansvorlage angenommen. Über das vom Regierungsbaumeister a. D. Meissner redigierte Organ „Geschäft“, das 5140 Abonnenten hat, wurde mannsfach gestagt.

Die Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den sächsischen Meiningerischen Schieferbrüchen sind nach dem Bericht, den der meiningerische Landtagsabgeordnete Weigelt-Steinach auf dem Bergarbeiterkongress gab, gradezu katastrophal. Bei einem Wochenlohn von 14 bis 16 Mark müssen die Kinder und die Frauen mitarbeiten. Die Beschäftigung der Kinder ist in den sächsischen Betrieben am stärksten. Bei 161 Männern werden 106 Frauen und 109 schulpflichtige Kinder beschäftigt. Sogar 24 Kinder unter sechs Jahren werden mit in die Werke genommen. Dr. Sommerfeld habe diese Kinderarbeit als einen Frevel an der Gesundheit der Kinder bezeichnet. Redner wies nach, dass der Fiskus in einem einzigen Jahre 89 000 Mk. Reingewinn gemacht habe. Das sei nicht verwunderlich, wenn man die Arbeiter so ausbeute. Ich, Weigelt, habe man gern erregt, obwohl er schon 20 Jahre daselbst thätig gewesen sei, weil er eine Zeitung verherrlicht habe, in der etwas über die Schieferbrüche enthalten war. Zu den Schieferbrüchen von Ludwigstadt berührte die Mutter mit der einen Hand den Säugling, mit der anderen bearbeitet sie die Gräser. Unter 1000 Gefornten im Ludwigstädter Bezirk waren 600 Schwindsüchtige! Da, wir haben es in der Sozialreform schon heretisch weit gebracht.

Für die Angehörigen der Dresdener Verträge sind beim Parteiaussitzer Berlich nachträglich noch 12629,32 Mk. eingegangen. Dieser Beitrag wurde, entsprechend der Bekanntmachung des Parteivorstandes in Nr. 67 des „Vorwärts“, dem Unterstüzungsfonds der sozialdemokratischen Partei überwiesen. Dem Vorbau und sind außerdem noch 126,25 Mk. angestossen, so dass ein Gesamtbelag von 88 247,68 Mk. verbleibt.

Die norwegischen Gewerkschaftsvereine haben einen Central-Vorstand geschlossen unter dem Namen „Landesorganisation der norwegischen Fachvereine“. Zu den Ostertagen fand ein zu diesem Zwecke berufenen Kongress in Christiania statt, der von 73 Vereinen mit ca. 20 000 Mitgliedern durch 113 Delegirte beschlossen war. Damit ist der auf dem skandinavischen Kongress in Stockholm 1897 gefasste Beschluss, in den drei skandinavischen Ländern Landesorganisationen zu schaffen, durchgeführt. Die dänische wurde im Januar 1898, die schwedische im August 1898 geschaffen und nun ist auch Norwegen ge-

Schloss fort, diese Ritter haben dort nichts zu erwarten. Seht aber,“ fügte er hinzu, „lassen Sie uns ein ernstes Wort reden. Sagen Sie mir aufrichtig, was Sie denken. Es wäre zu befürchten, Herr Vornsen, wenn ein Mann von Ihnen Fähigkeiten wirklich für das Vaterland völlig verloren sein sollte.“

„Ich hoffe,“ sagte Vornsen, „dass ich diese gütige Bevorsicht abweisen kann.“

„Glauben Sie,“ fiel Hammerstein bestehend ein, „dass dies von hohen Personen sowohl, wie von vielen einflussreichen Männern sehr leicht gewünscht und auch erwartet wird.“

„Nach dem Urteil, den Sie, Exzellenz, an mir nehmen,“ erwiderte Vornsen, „und was mir überhaupt geschehen ist, bin ich davon überzeugt.“

„Sie sind gereizt,“ rief der Staatsrat, „aber Sie werden später einmal sich und uns richtiger beurtheilen. Sie haben einen politischen Prozess gehabt. Sie haben einige Monate in Einsamkeit gelebt, Sie können verurtheilt werden, und dennoch eine glänzende Entschädigung erwarten. Jugendliche Verirrungen können gut gemacht werden und finden am leichtesten Verzeihung, wenn die Neue aufrichtig ist. Sehen Sie nach Deutschland hinüber, was ist dort aus den Demagogien, Ihren alten Universitätsfreunden, geworden? Nachdem viele einige Zeit in Gefängnissen und Festungen gesessen haben, andere sogar zum Tode verurtheilt worden sind, befinden sich die Meisten jetzt wie Fische im Wasser, als Geheimräthe, als Obergerichtsräthe, oder in anderen anschaulichen Amtern und Würden, sehr behaglich und gemütlich als getreue und eifige Diener der Despoten und Tyrannen, gegen die sie ehemals die Brutusse spielten. Wohlan denn, mein lieber Freund,“ fuhr er lachend fort, „bekennen Sie sich selbst, dass auch hier die Komödie aus ist und ziemlich mittelmäßig geendet hat. Die Buschauer sind nach Haus ge-

folgt. Der norwegische Verband hat in den Hauptpunkten den dänischen zum Vorblide genommen.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter. Nach der nunmehr vollständig der sozialdemokratischen Landesversammlung vorgelegten Aufstellung sind gegenwärtig in 333 Gemeinden des Königreichs Sachsen 809 sozialdemokratische Gemeindevertreter vorhanden; außerdem ist ein Sozialdemokrat Mitglied des Stadtrathes in Bautzen. Die absolute Mehrheit haben die Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen von Löbau (14 von 14 Mitgliedern), Thalheim (16 von 16 Mitgliedern) und Panitzsch (12 von 16 Mitgliedern). In Johanngeorgenstadt besteht die Hälfte der Gemeindemitglieder (16 von 16) aus Partei Anhängern. Erwähnt sei hierbei, dass die Zahl der Stadt und Landgemeinden in ganz Sachsen 3250 beträgt.

Mus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Zu Berlin starzte auf dem Hof der Schuhhutfabrik in der Schönhauser Allee 11500 Arbeiter, die sich auf 13 Vereine in 18 Orten, meist Vororten von Berlin, verteilten. Hervorzuheben ist folgender Beschluss des Kongresses: „Au Erwähnung, dass nach den Berichten der Delegirten der einzelnen Vereine und Organisationen mit geringen Ausnahmen die systematische Vernichtung der Vertrauensmänner Centralisationen seitens der in Verbänden organisierten Arbeiter, hauptsächlich aber von den Fabrikern derselben betrieben wird, erklärte der zweite Kongress der Vertrauensmänner Centralisationen, für die Zukunft jede Rücksicht auf ein friedliches Zusammenkommen zu lassen und zwar so lange, bis auch unseren Wünschen in genügender Weise Rechnung getragen ist und uns die bisher vornehmliche Anerkennung zu thun wird.“ Ferner wurde eine Resolution gegen die Buchhansvorlage angenommen. Über das vom Regierungsbaumeister a. D. Meissner redigierte Organ „Geschäft“, das 5140 Abonnenten hat, wurde mannsfach gestagt.

Die Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den sächsischen Meiningerischen Schieferbrüchen sind nach dem Bericht, den der meiningerische Landtagsabgeordnete Weigelt-Steinach auf dem Bergarbeiterkongress gab, gradezu katastrophal. Bei einem Wochenlohn von 14 bis 16 Mark müssen die Kinder und die Frauen mitarbeiten. Die Beschäftigung der Kinder ist in den sächsischen Betrieben am stärksten. Bei 161 Männern werden 106 Frauen und 109 schulpflichtige Kinder beschäftigt. Sogar 24 Kinder unter sechs Jahren werden mit in die Werke genommen. Dr. Sommerfeld habe diese Kinderarbeit als einen Frevel an der Gesundheit der Kinder bezeichnet. Redner wies nach, dass der Fiskus in einem einzigen Jahre 89 000 Mk. Reingewinn gemacht habe. Das sei nicht verwunderlich, wenn man die Arbeiter so ausbeute. Ich, Weigelt, habe man gern erregt, obwohl er schon 20 Jahre daselbst thätig gewesen sei, weil er eine Zeitung verherrlicht habe, in der etwas über die Schieferbrüche enthalten war. Zu den Schieferbrüchen von Ludwigstadt berührte die Mutter mit der einen Hand den Säugling, mit der anderen bearbeitet sie die Gräser. Unter 1000 Gefornten im Ludwigstädter Bezirk waren 600 Schwindsüchtige! Da, wir haben es in der Sozialreform schon heretisch weit gebracht.

Für die Angehörigen der Dresdener Verträge sind beim Parteiaussitzer Berlich nachträglich noch 12629,32 Mk. eingegangen. Dieser Beitrag wurde, entsprechend der Bekanntmachung des Parteivorstandes in Nr. 67 des „Vorwärts“, dem Unterstüzungsfonds der sozialdemokratischen Partei überwiesen. Dem Vorbau und sind außerdem noch 126,25 Mk. angestossen, so dass ein Gesamtbelag von 88 247,68 Mk. verbleibt.

Der ausgemietete Bürgermeister. Zu Nürnberg haben die Parteigenossen die Dreistigkeit gehabt, ihr

Arbeitssekretariat ganz in der nächsten Nachbarschaft des Herrn Oberbürgermeisters einzurichten. Das hatte dieser freilich nicht gern. Herr schon sehr über vermerkt. Jetzt aber hat nun gar ein Parteigenosse, der Vorsitzender einer Krankenkasse ist, im Auftrage dieser Kasse gleichfalls in des Oberbürgermeisters nächster Nachbarschaft ein Haus gekauft, um darin das Bureau dieser Kasse einzurichten. Das wurde dem Herrn dem doch in Arg; er zieht aus. Er telegraphierte folgendes aus seinem Erholungsaufenthalt: „Bitte Bürgermeisterwohnung sofort zu vermieten. Siehe auf die Burg. Will nicht zwischen Sozialdemokraten wohnen. Die Burg werden die Rothen so wohl nicht tanken.“

Ein Weitlicher, der sich einen Grabredner versetzt. Der Pastor Hobelt, der am 6. d. März verstorbene Leiter der Reinstdorfer konfessionellen Auftaten, hat sich in seinem letzten Willen die Leichenrede mit folgenden Worten verbeten: „Ich verbitte ganz ausdrücklich, dass mir eine Leichenpredigt gehalten werde. Es soll zu meinem Ruh durchaus kein Wort gesagt, noch in den Zeitungen als Nachruf oder dergleichen gedruckt werden. Alle derartigen Andeutungen, weil sie meines Volkes Ehre zu Gunsten der Menschen schädeln und, obwohl gut gemeint, doch nicht nach dem Sinn des heiligen Geistes sind, sollen daher bei meinem Ende völlig unterbleiben.“ Wenn das Beispiel überall Nachahmung finde, würde kein Weitlicher mehr eine Grabrede halten dürfen, wodurch für den ganzen Stand ein erheblicher Auffall an Nebeneinnahmen entstehen würde. Pastor Hobelt war ein streng orthodoxer Weitlicher. Da er in der Frage, die er hier angeschnitten hat, als Sozialchristlicher gelten muss, so wollen wir ihm nicht widersprechen, sondern nur wünschen, dass seine Auseinandersetzung vielseitige Beachtung finde.

Kriegervereinliches. Der Kriegerverein Mohrsdorf bei Dresden hatte den Schmiedemeister Blaßke, seinen früheren Vorsitzenden, ausgeschlossen, weil er, obwohl Nichtchrist, die Unterschrift unter einem Kreuz verweigerte, in welchem er erklären sollte, er gehöre der sozialistischen Partei nicht an. Auf Blaßkes Lage verurtheilte das Kriegerverein Dresden als Verunglimpfung den Kriegerverein zur Weideraufnahme Blaßkes.

Der Korbmacher Fischer endet sich jetzt anscheinend ausschließlich vom Verkommen der Sozialdemokratie. Er hat abermals den Auftrag erhalten, unsere Partei und ihre „Führer“ mit Roth zu bewerben und die neue Lehre in einer Broschüre „Hoch die Führer der Sozialdemokratie“ prompt anzugeben. Anscheinend ging die von irgend einem Stummeling ertheilte Anweisung diesmal dahin, Sozialdemokratie und Anarchismus als einen Leib und eine Seele darzustellen. Auch macht Fischer in dem so sehr beliebten Thema der „freien Liebe“, indem er die Frauen legendewischer „Parteidamen“ bezichtigt, dass sie ihren Ehemännern mutig geworden seien. An diesem Dratsch geht es weiter. Einem Parteigenossen wird der Vorwurf gemacht, dass er eines Tages bis Mittag geschlafen habe, wodurch er, Fischer, selber, der bei dem Langschläfer um Beschäftigung nachgefragt habe, nicht abgesetzt worden sei. Auch einige Reichstagsabgeordnete werden von dem neuen Kato gerüstet, weil sie angeblich von der Redaktion des „Vorwärts“ aus nach der Kronenstrafe gehen und dort Wein trinken. Genuß, Brüder Fischer ist diesmal sehr düstlig, und die Stummelinge werden ihm, wenn er nächstens nicht plaudert, bald den Brotkorb höher hängen, namentlich, da er sich unterstellt, einige seiner Konkurrenten in der Sozialistenvernichtung, unter anderem den Kielar Werstarbeiter Lorenzen, aus Prudenz herunterzuziehen. Interessant ist in der neuen Sudelschrift des Petrigers die Mitteilung, dass bisher von seinem Werk 300 000 Exemplare abgesetzt worden seien, wovon die große Mehrzahl natürlich von arbeiterfeindlichen Unternehmen den Ausgebundeten aufgezwungen worden ist. Ist die Brühler Fischer auch nur zur Hälfte wahr, so zeigt sie immerhin, wie wehrlos unsere Freunde im „Kampfe mit geistigen Waffen“ gegen uns sind. Die Fischer'sche Broschüre sollte übrigens, wie der „Vorwärts“ zuverlässig erfahren, in dem Stichwahlkampfe in Berlin II, auf den die bürgerlichen Parteien stark rechneten, eine Rolle spielen. Man wollte die Verkündungsschrift in großen Massen unter den Arbeitern zu verbreiten suchen. Damit ist es nun allerdings nichts geworden und dem braven Fischer geht ein brauchbarer Gewinn aus der Rose.

„Ich glaube es, weil ich Sie hier sehe,“ fuhr Vornsen fort. „Der Absolutismus zittert vor meiner Freisprechung. Weil er weiß, dass er sie nicht hindern kann, bietet er mir die Hand zur Versöhnung. Sie aber sollten wissen, Herr Staatsrat, dass alle Freiheit mich nicht verlocken können, mich zu schänden und die heilige Sache meines Volkes zu vertrüthen.“

„Ich sehe, Sie sind schwer heitbar,“ sagte der Baron kalt lächelnd, „aber warten Sie, vielleicht hilft ein letztes Mittel.“ Er stand auf und reichte Vornsen ein Papier. „Lesen Sie das,“ sagte er. „Es ist eine Abschrift, morgen wird Ihnen das Original zugestellt werden. Wenn Sie es verwenden wollen, schreiben Sie mir eine Antwort, dass ich Sie besuchen soll. Adieu, mein lieber Kanzleirath, Gott erhalte und erleucht Sie.“

„Was ist das?“ rief Vornsen, das Papier aufschlagend. „Ein Urteil des Obergerichts, mein Urteil!“ Er warf einen Blick des Entsetzens auf den lächelnden Staatsrat, der ihm von der Thür aus zünkte. „Meines Unes entsetzt, einjährige Festungsstrafe – wegen Handlungen, welche hätte gefährlich werden können. Und keine Entschuldigungsgründe! Ha, das ist niederträchtig, hämisch niederträchtig!“ Er brach in ein wildes Gelächter aus und schleuderte das Papier zu Boden.

So war es geschehen, was manche gefürchtet, doch wenige mir geglaubt hatten. Vornsen war von dem obersten Gerichtshofe wegen Handlungen, die hätten gefährlich werden können, verurtheilt worden, und statt frei und erumthigt durch die geöffnete Thür seines Kerkers hinauszutreten in den jungen Frühling, sollte ein Jahr verstreichen, ehe er ohne Amt, ohne Einfluss, ohne Thätigkeit, tief gedemütigt als ein bestrafter Misschäfer unter seinen Mitbürgern erscheinen könnte.

(Fortsetzung folgt.)

laufen und haben die Hauptalteure im Stich gelassen. Alles, was ich Ihnen vorher sagte, ist eingetroffen und wird weiter eintreffen, aber noch ist es Zeit, die Schlusscene kluglich zu vermeiden.“

„Ich muss annehmen,“ sagte Vornsen, „dass dies mir die Ehre Ihres Besuchs verschafft hat.“

„Ich will es durchaus nicht leugnen,“ erwiderte Hammerstein lächelnd. „Ich habe auf Wunsch Sr. Majestät mich hier umsehen und meinen Anteil für Sie dabei mitzuhalten lassen. Kurz und bestimmt also, Kanzleirath Vornsen, ich will Ihnen die Hand bieten, um aus diesem Loch zu kommen und in anständiger Gesellschaft zu erscheinen.“

„Was das anbelangt, so glaube ich, dass diese Thüren sich mir bald von selbst aufthun werden.“

„Möglich,“ erwiderte der Staatsrat, „doch rechnen Sie nicht zu fest darauf. Wollen Sie aber verständig annehmen, was ich Ihnen biete, so soll alles der Vergessenheit anheimfallen. Wir ziehen Sie von nemem nach Kopenhagen in die Kanzlei, oder nach Ihrer Wahl in die Regierung. Ich denke, es kann Ihnen nicht schwer fallen, Ihren Entschluss zu fassen. Sie haben keinen gelernt, wie es mit Volksgesetz steht, Sie haben erfahren, was Ihre Freunde vermögen und was die sogenannte öffentliche Meinung werth ist. Ihr ganzes Unternehmen ist an der Dummheit, Unfähigkeit und der völligen Unreife dieses Volkes gescheitert. Was können Sie noch hoffen?“

„Gerechtigkeit!“ sagte Vornsen ergösrend und mit starker Stimme. „Nein, Herr Staatsrat, so seltsam steht es nicht, solche Vorwürfe verdient dies Volk nicht. Noch gibt es Richter im Lande, die das Rechtsbewusstsein stärken, das niedergetretene Volk erheben, den Unschuldigen schützen werden.“

„Das glauben Sie?“ fragte Hammerstein spöttisch und achselzuckend.